

**Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2007-2009**

Dezember 2007

SPERRFRIST: Donnerstag, 20. Dezember 2007, 12.00 Uhr

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2007-2009

**Jahresmodell LIMA/05
Dezember 2007**

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Robert Kunst
Ulrich Schuh
Edith Skriner
Ludwig Strohner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Contact:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	19
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	20
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	21
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	22
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	22
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	24
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	24
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	25
	Abbildung: Inflationsrate	29
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2007	30
5.	Monetäre Prognose	32
	Abbildung: Ergebnisse der monetären Prognose	34
	Tabellenanhang	35

1. Einleitung und Zusammenfassung

Wechselkursentwicklung und Inflation trüben Wachstumsaussichten

Die Weltwirtschaft expandiert im Jahr 2007 kräftig. Im dritten Quartal verzeichneten die Industrieländer eine starke Zunahme der Wirtschaftsleistung. In den USA ist das Bruttoinlandsprodukt um 1.2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nach 0.9 % im zweiten Quartal. Mit einer Zuwachsrate von 0.7 % gegenüber dem Vorquartal hat sich auch die Wirtschaftsleistung im Euroraum beschleunigt, nach 0.3 % im zweiten Quartal. Es mehren sich aber die Anzeichen für eine spürbare Verlangsamung der Konjunktur gegen Jahresende, worauf auch Frühindikatoren hinweisen. Die Immobilienkrise in den USA und ihre Folgen könnten die Konjunktur in den Industrieländern deutlich dämpfen. Die Finanzmarkturbulenzen sind noch keineswegs ausgestanden, auf den Geldmärkten bestehen weiterhin hohe Liquiditätsprämien. Ausgelöst von den hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen hat die Inflation in den letzten Monaten deutlich angezogen. Darüber hinaus belastet die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaften im Euroraum.

Im Einklang mit der europäischen Konjunktur ist auch die österreichische Wirtschaft im dritten Quartal mit einer Rate von 0.8 % gegenüber dem Vorquartal noch kräftig gewachsen. Für das vierte Quartal zeichnet sich allenfalls eine geringe Verlangsamung der Wachstumsdynamik ab, sodass das Institut für das Jahr 2007 nunmehr ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 3.3 % erwartet. Aufgrund der etwas ungünstiger eingeschätzten Weltkonjunktur, der stark anziehenden Inflation und der Wechselkursentwicklung nimmt das Institut seine Wachstumsprognose für 2008 um 0.2 Prozentpunkte auf 2.4 % zurück. Gegenwärtig geht das Institut davon aus, dass es sich nur um eine temporäre Verlangsamung handelt und das Ende des weltweiten Aufschwungs noch nicht erreicht ist. Für 2009 wird daher ein Wirtschaftswachstum von 2.5 % prognostiziert.

Die Prognose basiert auf folgender Einschätzung der internationalen Konjunktur. Das Institut geht davon aus, dass die Immobilienkrise und ihre Folgen die amerikanische Wirtschaftsdynamik nur etwas verlangsamen. 2007 wird für die USA ein Wachstum von $2\frac{1}{4}$ % erwartet, im nächsten Jahr sollte die amerikanische Wirtschaft mit unverändertem Tempo wachsen. Die Zinssenkungen der amerikanischen Notenbank stützen die US-Wirtschaft und reduzieren die negativen Auswirkungen der Immobilienkrise. Darüber hinaus profitiert die Exportwirtschaft der USA von der Abwertung des US-Dollar. 2009 wird die Wirtschaft der USA um $2\frac{3}{4}$ % zulegen. Im Euroraum wird für 2008 eine Verlangsamung des Wachstumstempos von $2\frac{1}{2}$ % auf 2 % erwartet. 2009 könnte sich das Wachstum auf $2\frac{1}{4}$ % beschleunigen. Weiterhin überdurchschnittlich entwickeln sich die neuen EU-Mitgliedstaaten. Hinsichtlich des Euro-Dollar-Wechselkurses wird für den Jahresdurchschnitt 2008 ein Wert von 1.42 erwartet, für 2009 werden 1.38 unterstellt.

Gegenüber der September-Prognose haben sich die Konjunkturrisiken sicherlich nicht verringert. Die Hauptgefahr geht weiterhin vom Ende des Booms am Immobilienmarkt in den USA aus. Eine stren-

gere Konsumentenkreditvergabe würde den Konsum der privaten Haushalte in den USA dämpfen, höhere Risikoprämien die Investitionsbereitschaft der Unternehmen verringern. Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten sind noch nicht überstanden, wie die weiterhin hohen Liquiditätsprämien auf dem Geldmarkt und die Unsicherheiten über bisher noch nicht realisierte Verluste der Banken zeigen. Auch in Europa könnten verschlechterte Finanzierungsbedingungen die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig verlangsamen. In den letzten Monaten hat der Inflationsdruck deutlich zugenommen, im Euroraum liegt die Inflationsrate deutlich über dem Zielwert der EZB von 2 %. Die hohen Preissteigerungen reduzieren die Realeinkommen der Konsumenten und könnten darüber hinaus die EZB zu einer Leitzinserhöhung veranlassen. Ein weiterer nachhaltiger Anstieg des Euro gegenüber dem Dollar würde zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Euroraum verschlechtern, aber auch dämpfend auf die Preisentwicklung wirken.

Trotz der guten Konjunktursituation entwickelt sich der private Konsum in Österreich nur sehr verhalten. Für den Jahresdurchschnitt 2007 wird nunmehr ein Wachstum des privaten Konsums von 1.8 % erwartet, was einen Anstieg der Sparquote um einen $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt impliziert. Im restlichen Prognosezeitraum sollte die Sparquote nicht weiter ansteigen, sodass der private Konsum mit 1.8 % bzw. 1.9 % zulegen sollte.

Im Einklang mit der guten Konjunktur fällt die Investitionsnachfrage im ablaufenden Jahr kräftig aus, ist aber etwas weniger dynamisch als noch zuletzt erwartet. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die Investitionstätigkeit etwas verlangsamen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten 2008 um 4 % zulegen, nach 6 % im ablaufenden Jahr. Ausgehend von einem sehr hohen Niveau gibt es auch erste Anzeichen für eine Verlangsamung der Baukonjunktur. Nach einem Wachstum von 5 % wird für nächstes Jahr noch eine Zunahme von 2.3 % erwartet. Insgesamt gesehen steigen damit die Bruttoinvestitionen 2007 um 5.4 %, 2008 wird mit einer Wachstumsrate von 3 % gerechnet. Auch 2009 sollten die Bruttoinvestitionen in etwa mit diesem Tempo zulegen (2.8 %).

Die nachlassende Dynamik des Welthandels und die verringerte preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Aufwertung des Euro belasten die österreichische Exportwirtschaft. Für 2007 wird gegenwärtig eine Zunahme der realen Güterexporte laut VGR von 7.2 % erwartet. Im nächsten Jahr ergibt sich mit 6.6 % ein etwas verlangsamtes Wachstum der Güterexporte. Laut Prognose erhöhen sich die Warenimporte laut VGR um 7.3 % bzw. 6.8 %. Für die Exporte im weiteren Sinne laut VGR impliziert die Prognose eine Ausweitung um 7 % im ablaufenden Jahr bzw. 6 % im Jahr 2008. Die Importe im weiteren Sinne laut VGR wachsen in beiden Jahren um $6\frac{1}{4}$ %. Aufgrund der unterstellten Wechselkursentwicklung sollten 2009 die Exporte (6.6 %) kräftiger als die Importe (5.7 %) zulegen. Insgesamt liefert die Außenwirtschaft über den gesamten Prognosezeitraum einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

In den letzten Monaten nahm der Preisauftrieb deutlich zu. Im November lag die Inflationsrate mit 3.1 % über der 3-Prozent-Marke. Preistreibend wirken vor allem die hohen Energiepreise sowie die Nahrungsmittel. Die Inflationsprognose für 2007 muss daher auf 2.1 % angehoben werden. In der ersten Jahreshälfte 2008 ist mit keinem deutlichen Rückgang der Inflation zu rechnen. Die Energie-

preise werden hoch bleiben, und auch die Lohnstückkosten entwickeln sich etwas dynamischer als in den letzten Jahren. Dämpfend wirkt hingegen der Wechselkurs. In der zweiten Jahreshälfte sollte sich, gestützt auch von der nachlassenden Konjunkturdynamik, die Inflation spürbar verlangsamen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut nunmehr eine Inflationsrate von 2.4 % für den Jahresdurchschnitt 2008. Erst 2009 sollte der Preisdruck spürbar nachlassen (1.6 %).

Die Hochkonjunktur schlägt sich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Im ablaufenden Jahr wird mit 2 % der stärkste Beschäftigungsanstieg seit Beginn der 1990er Jahre verzeichnet. Die Arbeitslosenquote fällt auf 6 ¼ % und ist damit gegenüber 2005 um einen Prozentpunkt zurückgegangen. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich das Beschäftigungswachstum zwar etwas abschwächen, sollte mit 0.9 % bzw. 1 % aber doch recht kräftig ausfallen. Aufgrund des strukturell steigenden Arbeitskräfteangebots wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf dem Niveau von 2007 verharren. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition wird 2008 6.2 % und 2009 6.1 % betragen. Dies impliziert eine Arbeitslosenquote laut EUROSTAT-Definition von 4.3 % in beiden Jahren, nach 4.4 % im ablaufenden Jahr.

Aufgrund der guten Konjunktur entwickeln sich die Steuereinnahmen weiterhin sehr gut. Das Institut erwartet daher im Zeitraum 2007 bis 2009 im Einklang mit dem Stabilitätsprogramm ein gesamtstaatliches Defizit laut Maastricht von 0.7 %, 0.6 % und 0.2 % des Bruttoinlandsprodukts. Um das Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budgets zu erreichen, müssten aber in Zeiten der Hochkonjunktur Überschüsse erzielt werden. Eine stärkere Konsolidierung auf der Ausgabenseite (insbesondere unter Einbeziehung der Länder) sollte daher angedacht werden, eine straffe Budgetpolitik ist zur Schaffung eines finanziellen Spielraums für die Steuerreform notwendig. Zwingend erscheint weiterhin eine langfristig orientierte Umschichtung der Budgetstruktur hin zu investitionsorientierten Ausgaben. Bei der Interpretation der Entwicklung des öffentlichen Konsums ist der statistische Effekt der Eurofighter zu beachten. Diese erhöhen den öffentlichen Konsum im Jahr der Lieferung, wirken aber neutral auf das Wachstum.

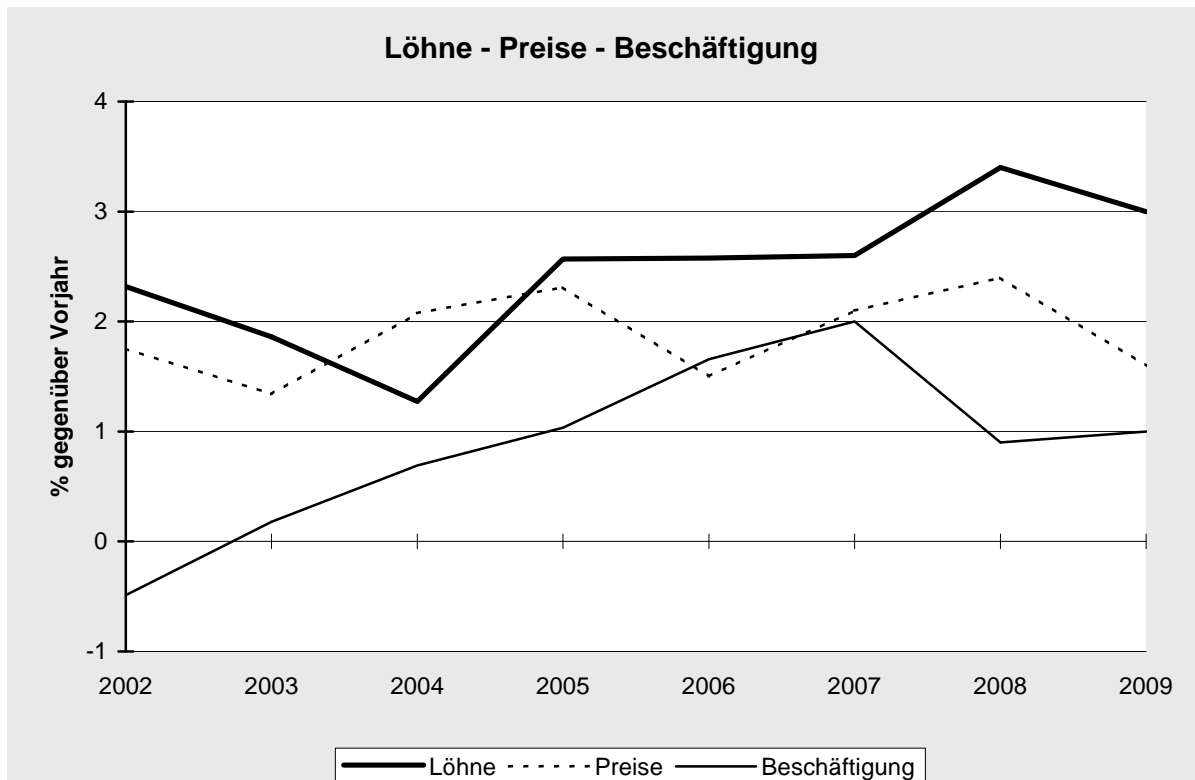
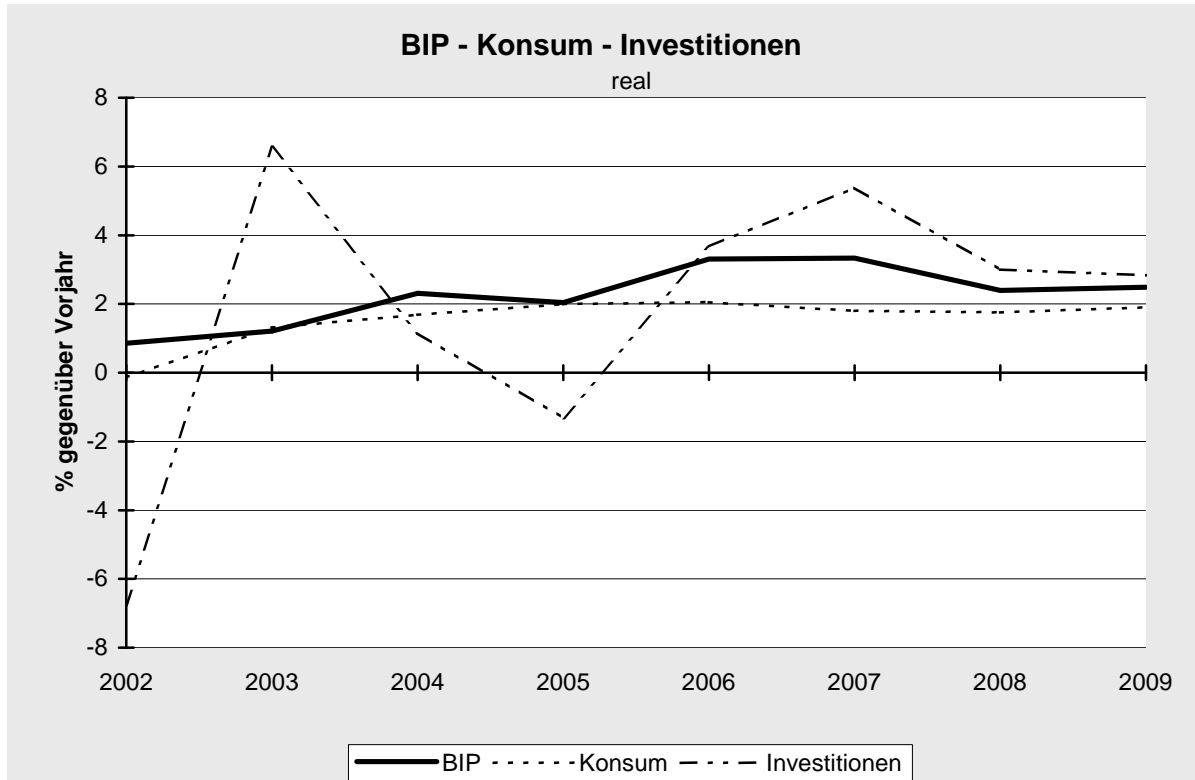
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

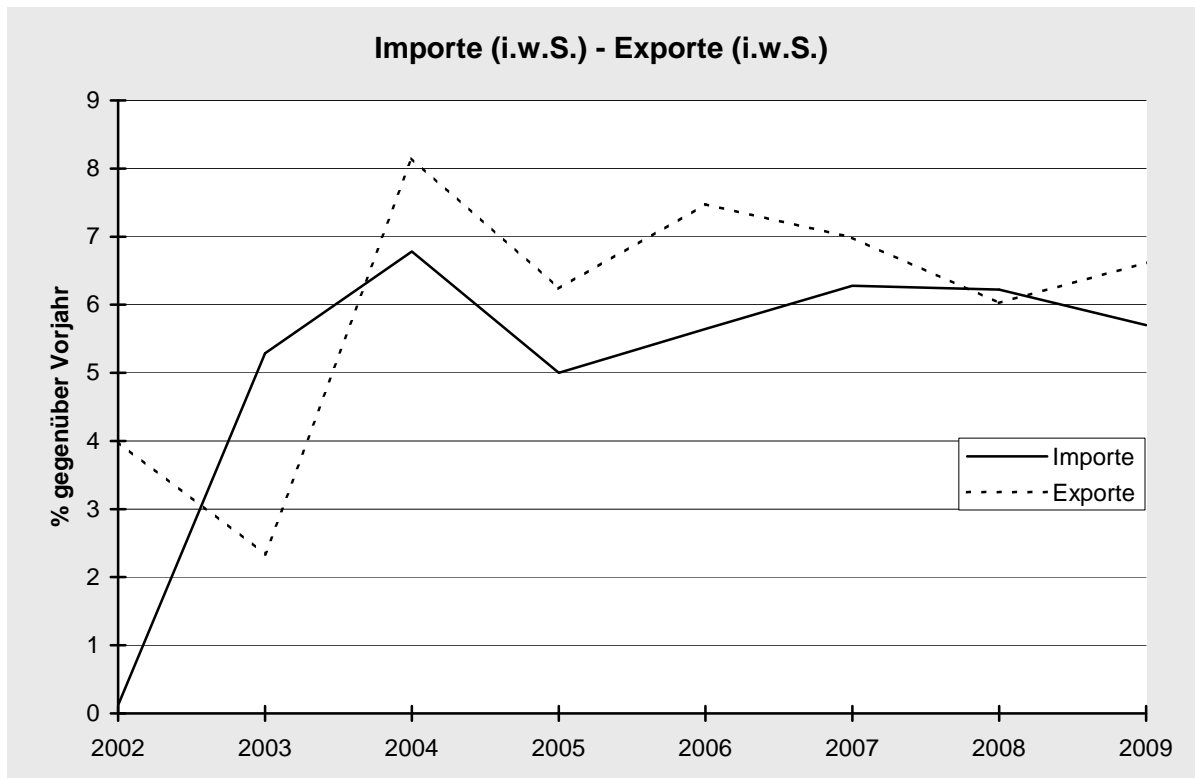
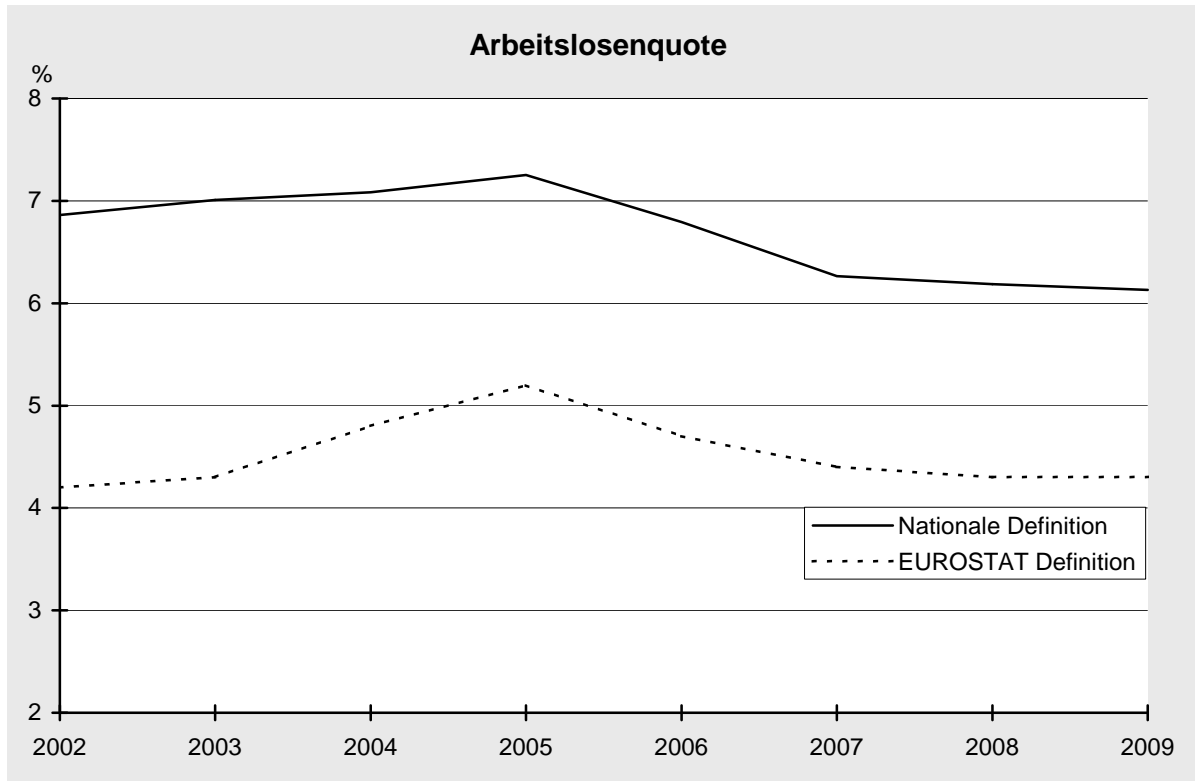
	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt, real	3.3	2.4	2.5
Privater Konsum, real	1.8	1.8	1.9
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	5.4	3.0	2.8
Ausrüstungsinvestitionen, real	6.0	4.0	3.5
Bauinvestitionen, real	5.0	2.3	2.0
Inlandsnachfrage, real	2.7	2.3	1.7
Exporte i.w.S., real	7.0	6.0	6.6
Waren, real (laut VGR)	7.2	6.6	7.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.3	2.0	1.5
Importe i.w.S., real	6.3	6.2	5.7
Waren, real (laut VGR)	7.3	6.8	6.2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.8	2.5	2.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.0	0.9	1.0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.3	6.2	6.1
Arbeitslosenquote: EUROSTAT-Definition ^{*)}	4.4	4.3	4.3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.6	3.4	3.0
Preisindex des BIP	2.0	2.0	1.7
Verbraucherpreisindex	2.1	2.4	1.6
3-Monats-Euribor ^{*)}	4.3	4.4	4.3
10-Jahres-BM-Rendite öst.Staatsanleihen ^{*)}	4.3	4.5	4.5

^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Das globale BIP ist im Jahresdurchschnitt 2007 voraussichtlich um 5 % gewachsen, der Welthandel hat sich dabei um 6 % beschleunigt. Die Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung in der Weltwirtschaft geht vor allem auf die Wachstumsabschwächung der US-Wirtschaft zurück. Auch in Japan hat die Nachfrage etwas nachgegeben. In Europa ist die Wirtschaftsentwicklung äußerst robust geblieben. Im Herbst ist die Inflation weltweit angestiegen. Die Verteuerung der Kreditzinsen hat in vielen Ländern zu einem Einbruch in der Bauindustrie geführt und durch die hohen Rohstoffpreise sind die Unternehmensergebnisse unter Druck geraten. Die Krise am amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt trübt die internationalen Konjunkturaussichten. Es kommen aber auch positive Entwicklungen in Gang. So gelang es den Unternehmen in vielen Ländern, ihre Produktivität zu steigern. Die konjunkturellen Aussichten der Weltwirtschaft sind daher für das nächste Jahr gedämpft optimistisch. Der globale Handel dürfte etwas an Dynamik dazugewinnen. Das Institut erwartet ein langsames Abklingen der Kreditkrise, womit sich die konjunkturelle Entwicklung der US-Wirtschaft stabilisieren dürfte. In Japan bleibt die Wirtschaftsentwicklung weiterhin robust aber nur wenig dynamisch. Im Euroraum wird sich das Wirtschaftswachstum etwas verlangsamen. Durch die Festigung der Wirtschaftsentwicklung in den USA dürfte das Risiko einer weiteren Dollar-Abwertung sinken. Die Risiken in der Preisentwicklung bei Öl und anderen Rohstoffen bleiben hingegen bestehen. Darüber hinaus werden die steigenden Lebensmittelpreise zur Inflation beitragen. Unbestreitbar bestehen deutliche Konjunkturrisiken aufgrund der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten. Das Institut geht aber weiterhin davon aus, dass die Vertrauenskrise im Finanzsektor die Entwicklung der Realwirtschaft nicht massiv beeinflussen wird.

Im Jahr 2007 ist das BIP in den OECD-Ländern voraussichtlich um 2 ½ % gewachsen. 2008 dürfte sich die Wachstumsdynamik auf 2 ¼ % abschwächen. Auch im Euroraum dürfte die Wirtschaft 2007 um 2 ½ % zulegen. Eine Wachstumsverlangsamung auf 2 % zeichnet sich für das nächste Jahr ab.

2007 hat der Preisauftrieb bei den Rohstoffen ohne Rohöl nachgelassen. Die Preise sind im ablaufenden Jahr voraussichtlich um 16 % gestiegen, verglichen mit 28 % im Vorjahr. Im vergangenen Mai hat sich die Preisentwicklung bei Metallen und landwirtschaftlichen Produkten beruhigt. Die Rohölpreise haben in der zweiten Jahreshälfte noch kräftig zugelegt. Im November erreichte der Preis für die Rohölsorte Brent mit 92.7 USD pro Fass einen historischen Höchststand. Im Jahr 2007 ist daher der Rohölpreis auf durchschnittlich 72 USD geklettert, was einer Jahresteuierung von 12 % entspricht. Die Zurückhaltung in der Erdölproduktion und die damit zusammenhängende Verknappung im Angebot hat die Rohölpreise in die Höhe getrieben. Das Institut erwartet, dass die Rohölpreise weiter steigen werden, wenn die Erdölproduzenten die Fördermenge 2008 nicht ausweiten. In dieser Prognose wird ein Rohölpreis von USD 85 unterstellt. Der Euro-Dollar-Wechselkurs wird für 2008 auf 1.42 geschätzt.

Laut *Inter-American Development Bank* (IADB) schwächt sich im ablaufenden Jahr das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika auf $4\frac{1}{4}\%$ ab. 2008 dürfte dieses Wachstumstempo beibehalten werden. Durch die langsamere Exportentwicklung dürfte der Leistungsbilanzüberschuss heuer und auch im kommenden Jahr geringer als in den Vorjahren ausfallen. Eine Abschwächung in der konjunkturellen Entwicklung gibt es in Mexiko, wo das BIP-Wachstum 2007, nach 4.8 % im Vorjahr, auf 3 % zurückgehen dürfte. Hier kommt die Nachfrageschwäche der USA zum Tragen. In Brasilien bleibt hingegen die Wirtschaftsentwicklung mit einem Wachstum von 4.7 % robust. Auch in den kleinen Ökonomien Lateinamerikas setzt sich die gute konjunkturelle Entwicklung fort. In den meisten Ländern nimmt die Inflation zu.

Die asiatische Industrie koppelt sich vom Dollar-Wechselkurs ab, weil der Handel innerhalb der Region zunimmt und der Konsum steigt. Es gibt auch eine bessere Diversifikation der Exportgüter. Durch die begrenzte Abhängigkeit von internationalem Kapital kann die Kreditkrise und die konjunkturelle Abschwächung in den USA nur schwer auf diesen Wirtschaftsraum übergreifen. Die *Asian Development Bank* (ADB) erwartet daher, dass die Länder Südostasiens (ohne Japan) 2008 um 8 % wachsen werden. Begründet wird diese Erwartung mit der boomenden Konsumnachfrage in China und Indien. Die chinesische Wirtschaft verzeichnet weiterhin eine kräftige Wirtschaftsdynamik. Im dritten Quartal wuchs das BIP um 11.5 % zum Vorjahr. Die Exportnachfrage hat sich trotz der Kreditkrise nicht abgeschwächt, weil die Nachfrage aus der EU inzwischen ein größeres Gewicht hat als die Nachfrage aus den USA. Die Gefahr einer Überhitzung der chinesischen Wirtschaft ist daher noch immer groß. Die Zinsschritte der *Bank of China* dürften jedoch Wirkung zeigen. Laut Einkaufsmanager-Index der *CLSA Asia Pacific Markets* hat im November die Zunahme der Industrieproduktion und der Auftragseingänge etwas nachgelassen. Aufgrund des Rekordwachstums in der Industrieproduktion und der starken Konsumnachfrage, verzeichnet Indien, nach China, das zweitstärkste Wirtschaftswachstum weltweit. Es betrug im dritten Quartal 9.2 %. Die indische Wirtschaft dürfte auch 2008 keine Wachstumsschwächen zeigen. Die Tigerstaaten profitieren von der belebten Nachfrage aus China und Indien.

Für das ablaufende Jahr erwartet das Institut für die EU-27 und für den Euroraum ein BIP-Wachstum von $2\frac{3}{4}\%$ bzw. $2\frac{1}{2}\%$. Für das kommende Jahr werden Wachstumsraten von $2\frac{1}{4}\%$ bzw. 2 % vorhergesagt. Die globale Finanzmarktkrise hat im europäischen Wirtschaftsraum bislang kaum realwirtschaftliche Spuren hinterlassen. Die Wirtschaft konnte auch die Höchststände von Ölpreis und Euro-Dollar-Wechselkurs bisher gut verkraften. Obwohl die Gemeinschaftswährung schon seit fünf Jahren zum Dollar im Aufwärtstrend liegt, konnten die europäischen Unternehmen nach einem Bericht der EU-Kommission ihre Weltmarktposition besser behaupten als die Konkurrenz in den USA und Japan. Seit Anfang 2006 legte die Produktivität in der EU – also das Wachstum je Beschäftigten – stärker zu als in den USA und Japan. Die Europäische Zentralbank hat die Zinsen im Euroraum trotz steigender Preise zum Jahresende unverändert gelassen. Der Leitzins liegt damit weiter bei 4 %. Die Preisentwicklung und die gedämpften Gewinnaussichten der Unternehmen dürften sich auf die Wirtschaftsentwicklung 2008 dämpfend auswirken.

Das BIP-Wachstum des Euroraums hat sich im dritten Quartal 2007 beschleunigt. Der Zuwachs betrug zum Vorquartal 0.7 %, bzw. zum Vorjahr 2.7 %. Im vierten Quartal dürfte die Wachstumsdynamik robust bleiben. Die Kreditkrise hat bislang kaum Spuren in der Realwirtschaft hinterlassen, obwohl die Finanzierungskosten für Unternehmen um mehrere Zehntelprozentpunkte gestiegen sind. Im Oktober sind die Exporte dynamisch geblieben und sehr belebt erwies sich auch die Baubranche. Der Einkaufsmanagerindex legte im November deutlich zu. Stütze des Wirtschaftsraums ist Deutschland. Laut dem britischen Forschungsinstitut NTC ist der Index auf 52.8 Punkte gestiegen, verglichen mit 51.5 Zählern im Oktober.

Im Oktober 2007 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 7.2 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Griechenland mit 8.4 %. Die niedrigsten Quoten gab es in den Niederlanden (3.1 %), und Österreich (4.3 %). Die Inflationsrate des Euroraums, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im November 3.1 %. Weit unter dem Durchschnitt des Euroraums lag im November die Preissteigerungsrate in den Niederlanden mit 1.8 % und Finnland mit 2.1 %. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 3.2 %. Slowenien und Spanien verzeichneten mit 5.5 % bzw. 4.1 % die höchsten Inflationsraten.

2.2 Länderprognosen

In **Deutschland** dürfte das BIP im Jahr 2007 voraussichtlich um 2 ½ % gewachsen sein. Die Rahmenbedingungen für Konsum und Industrie in Deutschland sind trotz der Turbulenzen am Kredit- und Ölmarkt angesichts weiter sinkender Arbeitslosigkeit, besserer Einkommensaussichten und robuster Unternehmensgewinne positiv. Das produzierende Gewerbe erwies sich als robuster Motor der konjunkturellen Entwicklung. Der Personalaufbau erstreckte sich über weite Teile der Wirtschaft, im Dienstleistungssektor war die Personalnachfrage jedoch am größten. Die Baukonjunktur verlangsamte sich. Nach dem Ende der Eigenheimzulage zeichnet sich 2007 die größte Flaute im Wohnungsbau seit der Wiedervereinigung ab. Im Zeitraum von Jänner bis September wurden 31.4 % weniger Eigenheime als vor einem Jahr gebaut. Das Konsumklima, das Anfang 2007 unter der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % litt, hat sich hingegen im Jahresverlauf verbessert. Im nächsten Jahr wird das deutsche BIP voraussichtlich um 2 % zulegen. Trotz der vorherrschenden Konjunkturrisiken wegen der Rohöl- und Rohstoffverteuerung und der Finanzmarktkrise bleibt die Grundstimmung in der deutschen Wirtschaft positiv. Die deutschen Exportunternehmen profitieren ungeachtet des Euro-Höhenflugs von der weltweit starken Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“. Durch die hohen Wachstumserwartungen für die Schwellenländer, die OPEC-Staaten sowie für Osteuropa dürfte die Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern bestehen bleiben. Im Inland wird sich hingegen der Zuwachs bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen abschwächen. Anfang 2008 laufen Sondereffekte wie die günstigere Abschreibungsmöglichkeit für Firmen aus. Die Verbraucher werden von der gegenwärtig hohen Inflation beeinflusst. Daran können auch die nachhaltige Besserung auf dem Arbeitsmarkt und die nach wie vor guten Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft nichts ändern. In der zweiten Jahreshälfte 2008 wird sich die Preisentwicklung normalisieren. Dann wirkt sich auch die

Mehrwertsteueranhebung nicht mehr als ungünstiger Basiseffekt in den Statistiken aus. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte sich 2008 etwas verlangsamen.

Im dritten Quartal 2007 hat sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft etwas beschleunigt. Das BIP wuchs zum Vorquartal um 0.7 % bzw. um 2.5 % zum Vorjahresquartal. Der größte Schub kam von der Binnenkonjunktur. Der private Konsum legte zu und trug zur Hälfte zum Wirtschaftswachstum bei. Die Exporte stiegen, da aber die Importe stärker zulegten, bremste der Außenhandel die Konjunktur. Im vierten Quartal dürfte die Wirtschaftsentwicklung weiterhin robust bleiben.

Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich im November überraschend aufgehellt. Die Industrie verzeichnete im Oktober einen deutlichen Anstieg bei den Aufträgen, wobei die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Ausland überdurchschnittlich gut war. Angesichts der Stärke des Euro ist dies sehr beachtlich. Der Geschäftsklimaindex des Münchner *ifo Instituts für Wirtschaftsforschung* stieg im November auf 104.2 Punkte nach 103.9 Punkten im Vormonat. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Lage besser als im Vormonat, die Geschäftsaussichten aber etwas schlechter als im Oktober. Bei den Exporteuren hat sich der Optimismus dem Index zufolge sogar etwas verstärkt. Auch die Personalpläne zeigen wieder vermehrt nach oben. Die Stimmung der Verbraucher ist in Deutschland weiter gesunken. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten und die hohen Lebensmittel- und Energiepreise sorgten für eine gedämpfte Kauflaune und eine pessimistischere Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung, teilte die *Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)* im November mit. Allerdings verlangsamt sich laut GfK der Abwärtstrend. Nach 4.8 Punkten im November wird für Dezember ein weiterer Rückgang beim Konsumklimaindex auf 4.3 Punkte erwartet. Der jüngste Preisauftrieb war besonders durch die Teuerung bei importierten Rohstoffen sowie Nahrungsmitteln bedingt. Im November lag die Jahresteuerrate bei 3.3 %. In den kommenden Monaten ist mit weiter steigenden Verbraucherpreisen zu rechnen. Strom- und Gaskunden müssen sich auf höhere Rechnungen einstellen. Der Preisauftrieb bei den Agrarprodukten dürfte nur langsam abklingen. Die Importpreise sind im Oktober mit 2.3 % deutlich stärker als in den Vormonaten gestiegen. Die Produktionspreise der Industrie (ohne Bau) legten im Oktober um 1.7 % zu. Der Arbeitsmarkt profitiert weiter vom guten Wirtschaftswachstum: Die Arbeitslosenquote ist im November auf 8.1 % gesunken. Noch niedriger war die Arbeitslosenquote zuletzt im Juni 1993. Für November ist es der geringste Wert seit 1992.

Die **italienische Wirtschaft** dürfte 2007 voraussichtlich um 2 % gewachsen sein. Die hohen Treibstoffpreise und Heizkosten haben die Ausgaben der italienischen Haushalte gebremst, darüber hinaus sind die Konsumenten mit den höchsten Zinsen innerhalb von sechs Jahren konfrontiert worden. In der zweiten Jahreshälfte hat somit die Nachfrage der privaten Haushalte an Fahrt verloren. Auch die Dynamik in der Exportnachfrage hat nachgelassen, weil die Wechselkursentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit schadet. Die Arbeitslosenquote dürfte heuer auf 6 % sinken. Die Inflation wird voraussichtlich 2 % ausmachen. Im nächsten Jahr wird sich das Wirtschaftswachstum abschwächen. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 1 ½ %. Den Wachstumsmotor bildet die Inlandsnachfrage. Von der erwarteten Stabilisierung des Wechselkurses werden auch Impulse auf die Exportwirtschaft ausgehen. Der positive Trend am Arbeitsmarkt wird sich weiter fortsetzen.

Im dritten Quartal 2007 stieg das italienische BIP zum Vorquartal um 0.4 %, bzw. um 1.9 % zum Vorjahresquartal. Die Beschleunigung im Wirtschaftswachstum ging vom Konsum der Haushalte und von den Investitionen aus. Laut *Istituto di Studi e Analisi Economica* (Isae) hat sich im November die Stimmung bei den Unternehmern weiter verschlechtert. Sie erwarten, dass sich die Nachfrage aus dem Inland weiter abschwächen wird. Die Absatzchancen im Ausland werden von den Unternehmern hingegen optimistischer eingeschätzt. Die Verbraucherpreise stiegen im November um 2.6 %, die Produktionspreise legten im Oktober um 3.6 % zu.

Das Wachstum der **französischen Wirtschaft** wird mit 2 % auch im ablaufenden Jahr unter dem Durchschnitt des Euroraums liegen. Die Wirtschaft profitiert vom Aufschwung in Deutschland. Die größten Impulse gehen jedoch von der Inlandsnachfrage aus. Der wichtigste Wachstumsmotor bleibt der private Konsum. Wie in den Nachbarländern, so nimmt auch in Frankreich die Beschäftigung zu, damit steigt das verfügbare Einkommen. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 8.7 % zurückgehen. Die Inflation wird voraussichtlich 1.6 % betragen. Das Institut erwartet, dass das Wirtschaftswachstum 2008 2 % ausmachen wird, wobei das Wachstum weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen wird. Eine Wachstumsbeschleunigung wird es voraussichtlich bei den Konsumausgaben geben. Auch die Exportentwicklung wird sich im nächsten Jahr beschleunigen. Bei den Investitionen dürfte sich die Dynamik verlangsamen, insbesondere im Bausektor. Der positive Trend am Arbeitsmarkt wird sich auch in Frankreich weiter fortsetzen.

Die französische Wirtschaft ist im dritten Quartal 2007 im Vergleich zum Vorquartal um 0.7 % gewachsen, im Vergleich zum Vorjahr betrug das BIP-Wachstum 2.1 %. Das stärkste Wachstum wurde bei den Exporten und bei den Ausrüstungsinvestitionen verzeichnet. Der Zuwachs bei den Aufträgen im dritten Quartal weist auf eine solide Entwicklung in den kommenden Monaten hin. Nach Rückgängen im September und Oktober hat sich das Geschäftsklima in der Industrie wieder verbessert. Die Konsumentenstimmung hat sich jedoch laut *Institut National de la Statistique et des Études Économiques* (Insee) verschlechtert. Im Oktober betrug die Arbeitslosenquote 8 %. Die Produktionspreise der Industrie sind um 2.7 % gestiegen. Die Inflation ist auf 2.6 % gestiegen.

Im **Vereinigten Königreich** blieben im ablaufenden Jahr die Voraussetzungen für ein starkes Wirtschaftswachstum bestehen. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 3 %. Wie auch in den vergangenen Jahren, so gehen die Wachstumsimpulse vorwiegend von den Dienstleistungsbranchen aus. Die güterverarbeitende Industrie verzeichnete aufgrund eines hohen Produktivitätsfortschritts die stärkste Belebung innerhalb von zehn Jahren. Die Exportwirtschaft hat sich in der zweiten Jahreshälfte erholt. Die Verbesserung der Auslandsposition ist auf den Handel mit Ländern außerhalb der EU zurückzuführen. Das hohe Zinsniveau zeigt in der Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern Wirkung. Der überhitzte Immobilienmarkt hat sich 2007 abgekühlt, weil sich die Kosten für Hypotheken erhöht haben. Die *Bank of England* (BOE) hat zum Jahresende ihre Geldpolitik gelockert. Der Schlüsselzins beträgt nun 5.5 %. Damit reagierte die BOE auf eine potenzielle Krise auf dem Immobilienmarkt und auf das sinkende Vertrauen der Konsumenten. In der Immobilienbranche fallen derzeit die Preise, ansonsten dürfte die Inflation 2.3 % ausmachen. Im nächsten Jahr dürfte das BIP-Wachstum im Vereinigten Königreich voraussichtlich 2 ¼ % ausmachen. Der Aufschwung in der Export-

wirtschaft dürfte bestehen bleiben, eine Wachstumsabschwächung wird es hingegen in der Investitionstätigkeit geben. Im Banken- und Finanzwesen wird es auch im nächsten Jahr Verluste geben.

Im dritten Quartal 2007 wuchs die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs um 0.7 % zum Vorquartal, bzw. um 3.2 % zum Vorjahresquartal. Besonders dynamisch entwickelten sich die Haushaltsnachfrage und die Exporte. Für das vierte Quartal haben sich die Wachstumsaussichten etwas eingetrübt. Eine konjunkturelle Abschwächung wird es voraussichtlich im Finanzbereich geben. Die güterverarbeitende Industrie bleibt hingegen in einer guten Verfassung. Die britische Industrieproduktion ist im Oktober stärker als erwartet gewachsen. Laut *Chartered Institute of Purchasing and Supply and NTC* ist der Index der güterverarbeitenden Industrie im November auf 54.4 Punkte gestiegen, verglichen mit 52.8 Punkten im Oktober. Für den Dienstleistungssektor befindet sich der Index mit 51.9 Punkten auf den niedrigsten Stand seit März 2003. Die Produktionspreise haben im November um 10.3 % zugelegt. Die Verbraucherpreise sind im Oktober um 2 % gestiegen. Die Arbeitslosigkeit belief sich im September auf 5.2 %.

Die Wirtschaft der **Schweiz** dürfte 2007 um 2 ¼ % gewachsen sein. Die Konjunktur wird von einem soliden privaten Konsum und einer regen Auslandsnachfrage gestützt. Durch die belebte Exportentwicklung hat auch die Investitionstätigkeit stark zugenommen. Die Schweizer Industrie ist so gut ausgelastet, dass sie zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. In der Baubranche gibt es hingegen einen leichten Rückgang, der auf die schwachen Aktivitäten im Tiefbau zurück geht. Im kommenden Jahr wird sich das BIP-Wachstum auf 2 % abschwächen. Die Konsumenten bleiben weiterhin positiv gestimmt, sie halten ihren Arbeitsplatz für sicher. Im Einzelhandel und im Wohnbau bleibt der Ausblick weiterhin gut. Eine Verlangsamung in der Wachstumsdynamik erwartet das Institut jedoch in der Auslandsnachfrage und bei den Ausrüstungsinvestitionen. Der Beschäftigungszuwachs dürfte sich abschwächen. Die Inflationsperspektiven bleiben trotz des starken Anstiegs Ende 2007 günstig. Der zunehmende Wettbewerb in der Schweiz und die Öffnung des Arbeitsmarktes werden den Preisanstieg weiterhin begrenzen.

Die Schweizer Wirtschaft ist im dritten Quartal 2007 im Vergleich zum Vorquartal um 0.8 % gewachsen. Verglichen mit dem Vorjahr stieg das BIP um 2.9 %. Stütze des kräftigen Wachstums sind dabei der private Konsum und der expandierende Außenhandel. Wie eine Umfrage der Großbank UBS in der Branche zeigt, sind die Betriebe auch für das vierte Quartal zuversichtlich. Fast die Hälfte glaubt, die Verkaufspreise weiter erhöhen zu können. Doch belasten höhere Personalkosten die Gewinne. Die Teuerung ist in der Schweiz im November wegen der Ölpreishausse auf den höchsten Stand seit sechseinhalb Jahren geklettert. Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Jahresteuierung erreichte im November 1.8 %. Eine derart hohe Teuerung war letztmals im Mai 2001 verzeichnet worden. Die Produktionspreise haben im Oktober um 2.5 % zugelegt.

Im Jahr 2007 wird das Wirtschaftswachstum der **USA** voraussichtlich 2 ¼ % betragen. Die konjunkturelle Entwicklung der US-Wirtschaft ist in den ersten neun Monaten robust geblieben. Positiv entwickelt sich der Außenhandelsbilanzsaldo. Der schwache US-Dollar und die starke Nachfrage aus dem Ausland haben die Exportnachfrage belebt. Das Handelsbilanzdefizit mit China hat sich dabei

verringert. In der Binnenwirtschaft sind die Probleme hingegen größer geworden. Die rasch ansteigenden Zinsen haben eine Krise am Immobilienmarkt hervorgerufen und zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten geführt. Der Finanzsektor verzeichnete dadurch Verluste. Die Gefahr, dass die Konjunktur der US-Wirtschaft in eine Rezession abgleiten könnte, bleibt jedoch bestehen, wird aber gegenwärtig als eher gering eingeschätzt. Positiv wird sich der vorliegende Produktivitätsfortschritt auf die Wirtschaftsentwicklung der USA auswirken. Die Inflation wird heuer bei 2.8 % liegen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 4.6 % betragen. Nach einer Wachstumsschwäche zu Jahresbeginn wird die US-Konjunktur 2008 wieder an Fahrt dazugewinnen. Das Institut rechnet mit einem BIP-Wachstum von 2 ¼ %. Die Investitionstätigkeit und die Bereitschaft der Unternehmen, neue Arbeitskräfte einzustellen, bleiben verhalten. In der Außenwirtschaft wird das Leistungsbilanzdefizit weiter abgebaut. Am Immobilienmarkt dürfte eine Entspannung einsetzen. Die Konsumnachfrage dürfte sich etwas verlangsamen. Die Arbeitslosigkeit wird nicht mehr weiter zurückgehen. Nach einem Höchststand zum Jahreswechsel wird die Inflation im Jahresverlauf langsam nachlassen.

Die US-Konjunktur hat sich im dritten Quartal 2007 beschleunigt. Das BIP wuchs zum Vorquartal um 1.2 %, bzw. um 2.8 % zum Vorjahresquartal. Die robusten Exporte sowie eine Aufstockung der Lagerbestände waren unter anderen die Wachstumsmotoren. Stark rückläufig entwickelten sich hingegen die Bauinvestitionen. Im Schlussquartal dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung verlangsamen. Im Dienstleistungssektor und in der Immobilienbranche bleiben die Probleme bestehen, die jüngsten Konjunkturindikatoren weisen jedoch auf einen Aufschwung in der güterverarbeitenden Industrie hin.

Laut dem Index des *Institutes for Supply Management* (ISM) ist der Teilindex für die Neuaufträge im verarbeitenden Gewerbe im November auf 52.6 Punkte gestiegen, verglichen mit 52.5 Punkten im Vormonat. Auch im Dienstleistungssektor zeigt der Teilindex mit 51.1 Punkten eine Expansion an. Es wird auch erwartet, dass der derzeit niedrige Lagerbestand in den kommenden Monaten wieder aufgestockt wird. Einer Umfrage der privaten Arbeitsagentur ADP zufolge entstanden im November in der Privatwirtschaft wesentlich mehr Arbeitsplätze als erwartet. Auch in den USA haben hohe Energiekosten die Verbraucherpreise deutlich angetrieben. Die Energiekosten kletterten dabei so stark wie seit fünf Monaten nicht mehr. Im November betrug die Inflation 4.2 %, die Produktionspreise stiegen um 7.7 %. Die Arbeitslosenquote betrug 4.7 %.

Im Jahr 2007 hat die **japanische Wirtschaft** voraussichtlich um 1 ¾ % zugelegt. Seit 2001 nimmt die Industrieproduktion kräftig zu, gleichzeitig hat sich auch die Produktivität verbessert. Die gute Weltkonjunktur und der schwache Yen stimulieren den japanischen Außenhandel. China gewinnt als Zielland für japanische Exporte und Auslandsinvestitionen an Bedeutung. Die Wirtschaft profitiert auch von der Hochkonjunktur in Europa, womit das Nachlassen der Nachfrage aus den USA abgefedert wird. Die regen japanischen Auslandsinvestitionen führen zu Einkommensrückflüssen. Der japanische Leistungsbilanzüberschuss wächst daher weiter an. Im Inland beginnt sich hingegen die konjunkturelle Entwicklung abzuschwächen. Die Bauinvestitionen sind 2007 geschrumpft. Angesichts der Unsicherheiten auf den weltweiten Finanzmärkten, hat die *Bank of Japan* (BOJ) im Oktober den Leitzinssatz unverändert auf 0.5 % belassen. Die BOJ hatte zuletzt ihren Schlüsselzins im Februar um 25 Basispunkte angehoben. Zuvor hatte sie im Juli 2006 angesichts einer Konjunkturbelebung ihre jahrelange

Nullzinspolitik beendet. Die Verbraucherpreise werden heuer nicht steigen. Für das kommende Jahr erwartet das Institut ein BIP-Wachstum von 1 ¼ %. In der Inlandsnachfrage dürfte sich die Investitionstätigkeit abschwächen, eine leichte konjunkturelle Verlangsamung wird es in der Außenwirtschaft geben. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte sich aber weiter ausweiten.

Das japanische BIP ist im dritten Quartal 2007 zum Vorquartal um 0.6 % gewachsen, zum Vorjahresquartal ist es um 2.2 % gestiegen. Die privaten Konsumausgaben und die Investitionen sind gesunken. Deutlich stärker als in den Vorquartalen sind hingegen die Exporte angestiegen. Aufgrund der starken Auslandsnachfrage hat die Industrieproduktion im Oktober ein Rekordwachstum erzielt. Die hohe Dynamik im Auslandsgeschäft bleibt bis zum Jahresende bestehen. Die Ausgabenbereitschaft der Haushalte lässt hingegen nach. Das Verbrauchervertrauen sank im Oktober auf ein 3-Jahres-Tief, und die Löhne sind in den vergangenen zehn Monaten neun mal gesunken. Die Arbeitslosenquote hat im Oktober 4 % betragen. Die Verbraucherpreise sind im Oktober um 0.3 % gestiegen, die Produktionspreise legten im November um 5.8 % zu.

Das starke Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer** sowie der Beitrittskandidaten dürfte sich in den Jahren 2008 und 2009, wenngleich mit einem langsameren Tempo, weiter fortsetzen. Das Wachstum wird von den Investitionen (insbesondere im Wohnbau und in neue Produktionskapazitäten) und dem privaten Konsum, gestützt durch sinkende Arbeitslosigkeit, Reallohnwachstum und Kreditexpansion, getragen. Infolge der starken Inlandsnachfrage machen sich angebotsseitig Kapazitätsengpässe und Arbeitskräftemangel bemerkbar, der Inflationsdruck steigt. Um den Arbeitskräftemangel zu reduzieren, erhöhen manche Länder die Quoten für ausländische Arbeitskräfte. Die von den US-Subprime-Hypothekenmarkt ausgehende Kredit- und Liquiditätskrise dürfte auch weiter nur geringe Auswirkungen auf die MOEL-Länder haben.

In Ungarn und der Slowakei ist die Auslandsnachfrage der Wachstumsmotor, während in den anderen Ländern der Außenbeitrag das Wirtschaftswachstum dämpft. Der Abbau der hohen Leistungsbilanzdefizite (in der Höhe von über 10 % des BIP) bleibt in Rumänien, Bulgarien und Kroatien eine große Herausforderung. Dämpfend wirken in Ungarn, Tschechien und der Slowakei die notwendigen Budgetsanierungsmaßnahmen zur Erfüllung der Voraussetzungen für den Beitritt zur Währungsunion. Als erstes der zwölf neuen EU-Mitgliedsländer ist Slowenien im Jänner 2007 dem Euroraum beigetreten, Zypern und Malta werden am 1. Jänner 2008 folgen. Die Slowakei dürfte, wenn es die Maastricht-Kriterien rechtzeitig erfüllt, wie geplant 2009 dem Euroraum beitreten. Die OECD entschied Anfang Dezember, Aufnahmeverhandlungen mit Slowenien, Estland und Russland zu beginnen.

Im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 2007 erreichte das Wirtschaftswachstum **Ungarns** 1.6 %, im dritten Quartal nur 0.9 %. Das Wachstum wurde hauptsächlich von der Auslandsnachfrage getragen. Die Exporte nahmen im Zeitraum Jänner bis September real um 15.7 % zu. Besonders dynamisch entwickelten sich die Exporte der Sparten Maschinenbau und Fahrzeuge, Nahrungsmittel, chemische Produkte und verarbeitete Metallprodukte. Die Importe stiegen um 13.7 %, wodurch sich das Handelsbilanzdefizit verringerte. Allerdings reduzierte sich der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum im zweiten und dritten Quartal merklich. Der private und der öffentliche

Konsum gingen in den ersten drei Quartalen um 2.4 % bzw. 6 % zurück, nicht zuletzt infolge der Senkung der staatlichen Sozialtransfers. Die Anlageinvestitionen erhöhten sich geringfügig um 0.3 %. Im Zeitraum Juli bis Oktober betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote 7.2 %, um 0.3 Prozentpunkte weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Verbraucherpreise nahmen im Zeitraum Jänner bis Oktober im Vorjahresvergleich um 8.1 % zu, um 4.2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Dieser markante Anstieg ist hauptsächlich auf die Ausgabengruppen Mieten, Energie und Lebensmittel zurückzuführen.

Die Implementierung des Sparpakets zur Reduzierung des Haushaltsdefizits auf 6.2 % des BIP im Jahr 2007, 4 % im Jahr 2008 und 3 % im Jahr 2009, mit Auswirkungen auf das Gesundheits- und Bildungswesen, das Steuer- und Sozialversicherungssystem, den öffentlichen Verkehr und die staatlichen Subventionen, dämpft heuer und im Jahr 2008 die Inlandsnachfrage. Infolge der Sparmaßnahmen wird für 2007 ein BIP-Wachstum von 1 ¼ % erwartet. In den Jahren 2008 und 2009 könnte sich das Wachstum auf 2 ¼ % und 3 % erhöhen. Nach dem Ende der Sparmaßnahmen wird sich das Wachstum der ungarischen Wirtschaft erholen, aufgrund der Strukturschwächen wird das Wachstum aber auch mittelfristig moderat bleiben. Als möglicher Termin für die Euro-Einführung könnte 2013-2014 in Betracht kommen.

Das Wirtschaftswachstum **Polens** verlangsamte sich im dritten Quartal auf 5.8 % und erreichte im Durchschnitt der ersten drei Quartale 6.4 %. Das Wachstum wurde von den besonders dynamischen Anlageinvestitionen (21 %), gestützt durch EU-Finanzhilfen und Direktinvestitionen, sowie vom privaten Konsum (5.5 %), angetrieben durch ein starkes Reallohnwachstum, Kreditexpansion und Überweisungen der polnischen Gastarbeiter, getragen. Die Exporte nahmen um 8.6 % zu, die Importe entwickelten sich infolge der kräftigen Inlandsnachfrage mit einer Wachstumsrate von 11.8 % sehr dynamisch. Im Zeitraum Jänner bis September 2007 stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2.1 %, wobei die Preise für Wohnen den höchsten Anstieg aufwiesen. Die Arbeitslosenquote belief sich im Oktober auf 11.3 %, dies entspricht einer Abnahme um rund 3.6 Prozentpunkte im Jahresvergleich. Die Zunahme der Beschäftigung wirkt positiv auf den privaten Konsum und stützt zusammen mit dem Anstieg der Investitionen das Wirtschaftswachstum. Andererseits werden die im Zuge der kräftigeren Binnennachfrage steigende Importtätigkeit sowie die angekündigten Sparmaßnahmen zur Senkung des Haushaltsdefizits um 1 % des BIP das Wachstum dämpfen. Heuer dürfte das BIP-Wachstum 6 ¼ % erreichen, in den Jahren 2008 und 2009 wird es voraussichtlich 5 ½ % und 5 ¼ % betragen. Polen könnte laut der neuen Regierung 2008 oder 2009 dem WKM-II beitreten. Als möglicher Termin für die Euro-Einführung gilt das Jahr 2011.

Das Wirtschaftswachstum in **Tschechien** verlangsamte sich im dritten Quartal leicht auf 6 % und erreichte im Durchschnitt der ersten drei Quartale 6.3 %. Die dynamische Entwicklung ist im bisherigen Jahresverlauf hauptsächlich auf den privaten Konsum (6.2 %), angetrieben durch einen raschen Anstieg der Beschäftigung, der Sozialleistungen und der Reallöhne, zurückzuführen. Das Wachstum der Anlageinvestitionen befindet sich mit 5.5 % auf einem hohen Niveau, der Lageraufbau leistete aber einen bedeutenden Beitrag zum Wachstum. Die Importe wuchsen um 14.3 %, die Exporte (gefördert durch die neuen Produktionskapazitäten der Autoindustrie) um 14.6 %. Die Arbeits-

losenquote betrug im dritten Quartal 5.2 %. Sie lag um 1.9 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr davor, und verzeichnete damit den niedrigsten Wert seit neun Jahren. Infolge der Zunahme der Lebensmittel-, Energie- und Mietpreise stieg die Inflationsrate im Oktober im Vorjahresvergleich auf 4 %. In den Jahren 2007, 2008 und 2009 dürfte sich das Wirtschaftswachstum aufgrund der erwarteten Zunahme der Importe auf 6 % bzw. 5 % bzw. 4 ¾ % belaufen. Im ablaufenden Jahr dürfte das Budgetdefizit wegen vorgesehener Mehrausgaben auf 3.5 % steigen. Laut tschechischer Regierung sollte die Defizitquote der öffentlichen Haushalte bis 2010 auf 2.3 % sinken. Als möglicher Termin für die Euro-Einführung könnte das Jahr 2012 in Betracht kommen.

Das Wirtschaftswachstum der **Slowakei** erreichte im dritten Quartal 9.4 %. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2007 belief es sich auf 9 %. Zu dieser außerordentlich dynamischen Entwicklung hat die starke Nachfrage aus dem In- und Ausland beigetragen. Die Anlageinvestitionen entwickelten sich im bisherigen Jahresverlauf, gestützt durch ausländische Direktinvestitionen in der Automobilindustrie und der Elektrotechnik, mit einer Wachstumsrate von 7.6 % sehr stark. Die Exporte stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 16 %, die Importe um 9.9 %. Infolge der Zunahme der Beschäftigung und der Reallöhne sowie niedriger Zinsen nahm der private Konsum um 7.5 % zu. Der öffentliche Konsum legte um 0.6 % zu. Die Arbeitslosenquote betrug im dritten Quartal 11.2 % und fiel damit um 1.6 Prozentpunkte gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Infolge der Zunahme der Lebensmittel-, Energie- und Mietpreise stieg die Inflationsrate im Oktober im Vorjahresvergleich auf 2.4 %. Die Reduzierung des Haushaltsdefizits von 3.7 % im Jahr 2006 auf unter 3 % in den nächsten Jahren bleibt weiterhin eine Priorität für die slowakische Regierung. Nur so sind die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und die Slowakei kann, wie geplant, 2009 dem Euroraum beitreten. Die günstige Wirtschaftsentwicklung dürfte sich in den Jahren 2008 und 2009, wenngleich mit einem etwas verlangsamten Tempo, fortsetzen. Das Wachstum dürfte 8 ¾ % im Jahr 2007 und 7 % bzw. 6 ¼ % in den Jahren 2008 und 2009 erreichen.

Das Wachstum der **slowenischen Wirtschaft** erreichte 6.3 % im dritten Quartal und 6.5 % im Durchschnitt der ersten drei Quartale. Das Wirtschaftswachstum ist hauptsächlich auf den Beitrag des Konsums und der Anlageinvestitionen zurückzuführen. Der private Konsum nahm im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 2.3 % zu, die Anlageinvestitionen um 20 %. Der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum war negativ, da sich seit der zweiten Jahreshälfte 2006 das Wachstum der Exporte verlangsamte, während die Importe stärker zunahmen. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale stiegen die Exporte um 14.6 %, die Importe nahmen um 16 % zu. Infolge der kräftigen Wirtschaftsentwicklung stieg die Beschäftigung im Zeitraum Jänner bis September um 2.7 %, und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 4.5 %. Um der Arbeitskräfteknappheit entgegenzuwirken, wurde im Juni die jährliche Quote für ausländische Arbeitskräfte erhöht. Die Inflationsrate erreichte im November mit 5.7 % den höchsten Wert der letzten vier Jahre. 2007 dürfte das BIP-Wachstum 6 ¼ % erreichen, getragen von der Binnennachfrage. Für die Jahre 2008 und 2009 wird mit einem Wachstum von 5 % bzw. 4 ½ % gerechnet. Um die Vorteile der Euro-Einführung voll nutzen zu können, wird in den kommenden Jahren der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf Reformen im Unternehmenssektor liegen.

Im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2007 betrug das Wachstum der **rumänischen Wirtschaft** 5.8 %, im dritten Quartal 5.7 %. Wesentliche Stützen des Wachstums waren im bisherigen Jahresverlauf die Anlageinvestitionen (25.3 %) und der private Konsum (9.9 %), angetrieben durch ein starkes Reallohnwachstum, Kreditexpansion und Überweisungen der rumänischen Gastarbeiter, die 2007 ca. 6 Mrd. Euro erreichen sollen. Stark dämpfend wirkte der Außenbeitrag. Die Exporte wuchsen um 5.5 %, die Importe nahmen aufgrund der starken Binnennachfrage und der Aufwertung des rumänischen RON um 22.3 % zu. Die seit November zu beobachtende Abwertung des rumänischen RON dürfte zur Reduzierung des Handelsbilanzdefizits beitragen. Die Inflationsrate lag im Oktober mit einem Wert von 6.8 % um 2 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Damit wird das Inflationsziel für dieses Jahr verfehlt. Die Arbeitslosenquote nahm weiter ab und betrug im Oktober 4.1 %. Insbesondere die Bauwirtschaft ist von einem Mangel an Arbeitskräften und Produktionskapazitäten stark betroffen. Im ablaufenden und in den nächsten zwei Jahren dürfte das Wirtschaftswachstum in Rumänien, gestützt durch Anlageinvestitionen und Konsum, $5\frac{3}{4}\%$ und jeweils $5\frac{1}{2}\%$ betragen.

In **Bulgarien** verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal auf etwa 6 % und erreichte im Durchschnitt der ersten drei Quartale voraussichtlich 6.3 %. Dieses Ergebnis ist auf die außerordentlich dynamische Entwicklung der Anlageinvestitionen mit einer Wachstumsrate von rund 30 % zurückzuführen. Aufgrund der günstigen Einkommensentwicklung ist auch die private Konsumnachfrage kräftig gestiegen (6.8 %). Während die Exporte um 9 % (in Lev) zunahm, legten die Importe, bedingt durch die rege Investitionstätigkeit und das kräftige Konsumwachstum, um rund 18 % (in Lev) zu, sodass sich das Handelsbilanzdefizit weiter ausweitete. Mit rund 13 % des BIP blieb das Leistungsbilanzdefizit im Zeitraum Jänner bis September auf einem hohen Niveau. Die Arbeitslosenquote ging um 2.2 Prozentpunkte gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zurück und betrug im dritten Quartal 6.6 %. Infolge der starken Zunahme der Lebensmittel-, Energie- und Mietpreise stieg die Inflationsrate im Oktober auf 12.4 %. Im Jahr 2007 dürfte das Wirtschaftswachstum $6\frac{1}{4}\%$ betragen, 2008 und 2009 sollte es 6 % bzw. $5\frac{1}{2}\%$ erreichen. Der Budgetüberschuss erreichte im Zeitraum Jänner bis September einen Höchststand von 6 %. Trotz einer zu erwarteten Abnahme im letzten Quartal wird der Jahresbudgetüberschuss auf einem hohen Niveau bleiben. Bulgarien bereitet sich auf die Einführung einer „flat tax“ von 10 % im Bereich der Einkommensteuer vor, womit die progressive Einkommensteuer Anfang 2008 ersetzt wird. Der Körperschaftsteuersatz wurde schon Anfang 2007 auf 10 % gesenkt.

In **Kroatien** verlangsamte sich die Wirtschaftsdynamik im zweiten Quartal auf 6.6 % und erreichte im ersten Halbjahr 6.8 %. Wesentliche Stützen des Wachstums waren die Investitionen (8.5 %) und der private Konsum (6.8 %). Die dynamische Entwicklung der kroatischen Wirtschaft setzte sich im weiteren Verlauf des heurigen Jahres fort. Die Industrieproduktion stieg im Zeitraum Jänner bis Oktober um 6.3 %, die Einzelhandelsumsätze nahmen um 6.1 % zu. Die Exporte erhöhten sich um 10.8 % (in Kuna), die Importe wuchsen um 10.4 % (in Kuna). Die Inflationsrate betrug im Oktober 4.3 %, die Arbeitslosenquote belief sich auf 14.3 %. 2007 könnte das Wirtschaftswachstum $6\frac{1}{4}\%$ erreichen. In den Jahren 2008 und 2009 dürfte es jeweils 5 % betragen.

Das Wachstum der **russischen Wirtschaft** beschleunigte sich im Durchschnitt der ersten drei Quartale auf 7.8 % und wurde von der Inlandsnachfrage getragen. Im dritten Quartal erreichte es 7.6 %. Die Einzelhandelsumsätze stiegen im ersten Halbjahr um 15 %, getragen von der Zunahme der Real-löhne um 14 %. Die Anlageinvestitionen (hauptsächlich in der staatlichen Gas- und Ölproduktion) entwickelten sich mit einer Wachstumsrate von 21 % sehr dynamisch. Die nominellen Güterexporte (hauptsächlich Rohöl, Ölprodukte, Gas und Metall mit einem Anteil von rund 63 %) stiegen im Zeitraum Jänner bis September um 10.4 % (in USD). Die Importe nahmen, wegen der starken Binnen-nachfrage, um 36.3 % zu (mit Autos, Maschinen und Transportmitteln als wichtigsten Komponenten mit einem Anteil von rund 50 %). Aufgrund der stark steigenden Importe verringerte sich der Handelsbilanzüberschuss. Die Inflation beschleunigte sich im November auf 10.6 % und lag damit außerhalb des Zielbereichs der Zentralbank von 6.5 % bis 8 %. Die Arbeitslosenquote betrug Ende September 6 %. Basierend auf der dynamischen Entwicklung des Konsums – infolge der stark steigenden verfügbaren Einkommen – und der Investitionen wird für 2007 eine BIP-Wachstumsrate von 7 $\frac{3}{4}$ %, für 2008 und 2009 von jeweils 6 % erwartet.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2005	2006	2007	2008	2009
Welthandel	7.1	8.8	6	6 ½	7
BIP, real					
Bundesrepublik Deutschland	0.8	2.9	2 ½	2	2 ¼
Italien	0.1	1.9	2	1 ½	1 ½
Frankreich	1.7	2.0	2	2	2 ¼
Vereinigtes Königreich	1.8	2.8	3	2 ¼	2 ¼
Schweiz	2.4	3.2	2 ¾	2	2
USA	3.1	2.9	2 ¼	2 ¼	2 ¾
Japan	1.9	2.4	1 ¾	1 ¾	2
Polen	3.6	6.1	6 ¼	5 ½	5 ¼
Slowakei	6.0	8.5	8 ¾	7	6 ¼
Tschechien	6.5	6.4	6	5	4 ¾
Ungarn	4.1	3.9	1 ¾	2 ¾	3
Slowenien	4.1	5.7	6 ¼	5	4 ½
Bulgarien	6.2	6.1	6 ¼	6	5 ½
Rumänien	4.1	7.7	5 ¾	5 ½	5 ½
Kroatien	4.3	4.8	6 ¼	5	5
Russland	6.4	6.7	7 ¾	6	6
Euroraum	1.5	2.8	2 ½	2	2 ¼
NMS-12	4.7	6.4	5 ¾	5 ¼	5
EU-27	1.8	3.0	2 ¾	2 ¼	2 ½
OECD	2.6	3.1	2 ½	2 ¼	2 ½
Österreichische Exportmärkte	7.4	10.9	6 ½	6	6 ½
USD/EUR Wechselkurs *)	1.24	1.26	1.37	1.42	1.38***
Rohölpreise **)**)	53.4	64.3	72	85	80

Quelle: Eurostat, IMF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

***) technische Annahme

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Im ablaufenden Jahr hat die Dynamik in der österreichischen Außenwirtschaft etwas nachgelassen. Eine Wachstumsverlangsamung gab es bei den Exporten nach Nordamerika. Die Nachfrage aus Asien und aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie aus Südosteuropa entwickelte sich hingegen sehr robust. Trotz stark ansteigender Rohstoffpreise ist der Preisauftrieb in der österreichischen Außenwirtschaft moderat geblieben. Die Teuerung bei den Exporten und Importen dürfte 1.7 % bzw. 1.5 % ausmachen. Für 2008 bleiben die Exportaussichten weiterhin gut. Die österreichischen Exporte in die USA werden sich, auch aufgrund eines statistischen Effekts, wieder besser entwickeln. Der asiatische Markt und auch die osteuropäischen Nachbarländer bleiben wichtige Zielregionen für die österreichische Außenwirtschaft. Die erwartete Abschwächung der Konjunktur im Euroraum dürfte sich nachteilig auf die österreichischen Exporte auswirken. Es wird auch erwartet, dass der Preisauftrieb in der österreichischen Außenwirtschaft weiter abklingen wird. Die österreichische Exportwirtschaft wird in den Jahren 2007 und 2008 einen Handelsbilanzüberschuss aufweisen.

Die nachlassende internationale Konjunkturdynamik wird das Wachstum der österreichischen Exportmärkte etwas dämpfen. Im ablaufenden Jahr wird das Wachstum der nominellen Warenexporte 9.1 % ausmachen. Die Nachfrage aus dem Euroraum hat dabei um 8.1 % zugelegt. Auch die Exporte in die mittel- und osteuropäischen Länder haben wieder kräftig zugenommen. Die österreichischen Exporte in die USA sind hingegen im Vergleich zum Vorjahr geschrumpft. Dies ist auf die konjunkturelle Entwicklung der US-Wirtschaft und auf einen Einmaleffekt im Vorjahr zurückzuführen, als die restituierten Klimt-Bilder als Warenexporte in die USA verbucht wurden. Im Jahr 2008 beträgt das Wachstum der nominellen Warenexporte 7.7 %. Das Importwachstum wird heuer voraussichtlich 8.7 % ausmachen. Mit 8.4 % bleibt das Wachstum der Warenimporte auch 2008 kräftig.

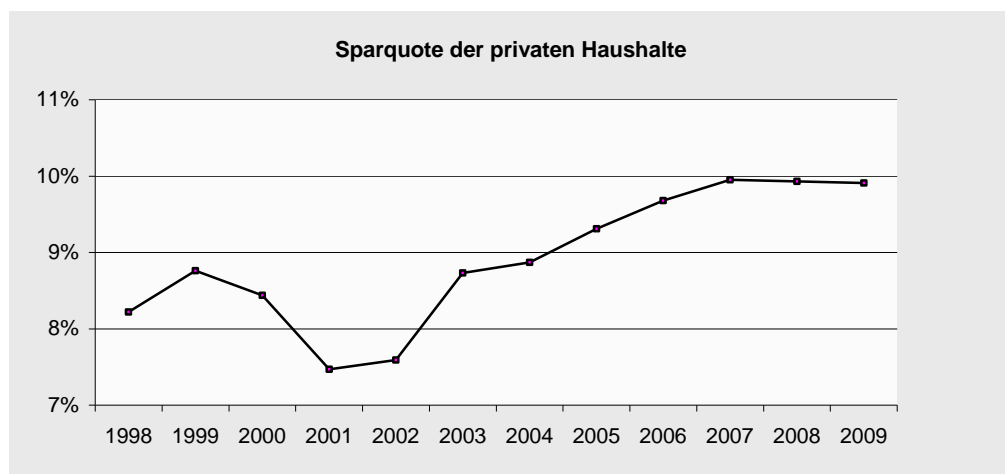
Aufgrund der guten Wirtschaftslage in den Nachbarländern ist die ausländische Nachfrage nach Urlauben in Österreich 2007 belebt geblieben. Die Reiseverkehrsexporte werden um nominell 3.6 % steigen. In der Wintersaison 2006/2007 sind die Nächtigungen gesunken, so kamen um 6.1 % weniger Urlauber aus Deutschland nach Österreich. Die Sommersaison verzeichnete hingegen einen deutlichen Zuwachs. Wie in den vergangenen Jahren, bleibt Wien als Kongressstadt sehr beliebt. Im Jahr 2007 werden die österreichischen nominellen Reiseverkehrsimporte um 4.8 % wachsen, 2008 werden sie um 4.5 % zulegen.

Das Wachstumstempo der realen Exporte i.w.S. laut VGR hat sich im ablaufenden Jahr im Vorjahresvergleich mit 7 % leicht abgeschwächt. Auch das Wachstumstempo der realen Warenexporte hat sich mit 7.2 % etwas verlangsamt. Für den Jahresdurchschnitt 2008 wird eine weitere leichte Verlangsamung des realen Exportwachstums erwartet. Die Exporte i.w.S. laut VGR werden um 6 %, die Warenexporte um 6.6 % steigen. Für die realen Importe i.w.S. laut VGR wird für die Jahre 2007 und 2008 ein Wachstum von 6.3 % bzw. 6.2 % erwartet, wobei die realen Warenimporte um 7.3 % bzw. 6.8 % zulegen sollten. Im Jahr 2009 sollte das Wachstum der realen Exporte i.w.S. laut VGR auf 6.6 % beschleunigen, das Importwachstum wird voraussichtlich 5.7 % betragen.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im ablaufenden Jahr hat sich die Haushaltsnachfrage allmählich belebt, im 3. Quartal wurde ein rund zweiprozentiger realer Zuwachs im Jahresabstand erreicht. Diese Belebung verlief jedoch etwas langsamer, als dies zu Beginn des Jahres erwartet wurde, und sie erreichte auch nicht alle Kategorien an Waren und Diensten. Gerade der Dienstleistungssektor wie auch die meisten Sparten des Einzelhandels meldeten ein zufrieden stellendes Wachstum, wogegen sich aber zum Beispiel die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen noch nicht erholt hat. Für die kommenden Jahre ist bei der Einschätzung des privaten Konsums Vorsicht geboten. Bereits eine geringfügig höhere Preisdynamik würde die Realeinkommenszuwächse empfindlich dämpfen, sodass die gegenwärtig positive Konsumentenstimmung rasch wieder umschlagen könnte.

Der **private Konsum** wächst im ablaufenden Jahr um 1.8 % real. In den nächsten Jahren wird voraussichtlich die 2-Prozent-Marke nicht ganz erreicht. Diese nun gegenüber der letzten Prognose etwas vorsichtigere Einschätzung widerspiegelt die Dynamik der Realeinkommen. Diese werden im nächsten Jahr nur mit 1.7 % wachsen, 2009 etwas stärker mit 1.9 %. Die Konsumdynamik der Haushalte folgt also fast exakt der Einkommensentwicklung, womit die Haushaltssparquote auf dem Niveau von 2007 verharret.



Die Grafik der **Haushaltssparquote** zeigt einen kontinuierlichen Anstieg seit dem Jahr 2001. Selbst eine für Steuerreformen eigentlich typische und von einem Fallen im Folgejahr begleitete Spitze ist 2005 ausgeblieben. Ganz im Gegenteil stieg die Sparquote im Vorjahr weiter. Gegenwärtig scheint mit einem Wert von knapp 10 % ein vorläufiger Plafond erreicht zu sein, auf dem sich diese Kenngröße in der nächsten Zeit stabilisieren dürfte. Sowohl für eine eventuelle weitere Zunahme als auch für einen Rückgang der Sparquote würden sich Argumente anbieten. Für einen Rückgang spräche das historisch und auch international hohe derzeitige Niveau, für einen weiteren Anstieg die fortgesetzte Be-

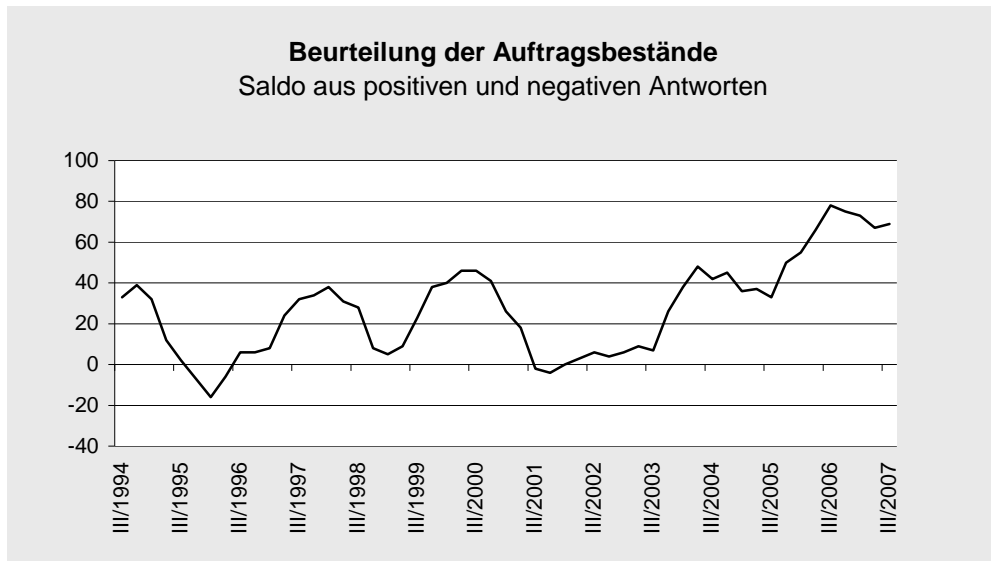
mühung um Alterssicherung angesichts der Demographie. Per saldo erscheint die konstante Fortschreibung der Institutsprognose als nicht unplausibel.

Die Einschätzung des verhältnismäßig kleinen Nachfrageaggregates **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** musste gegenüber der September-Prognose leicht zurück genommen werden. Für das ablaufende Jahr wird eine reale Wachstumsrate von 0.8 % ausgewiesen. In den nächsten Jahren wird sich das Nachfragewachstum in diesem Sektor auf 1.3 % und dann weiter auf 2.2 % beleben.

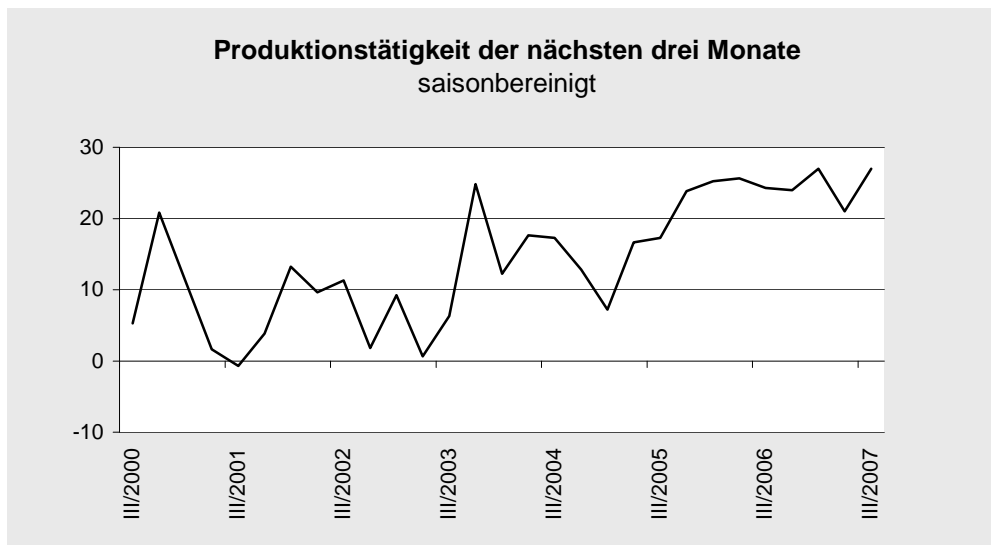
Der kräftige Anstieg der Industrieproduktion im Zusammenhang mit der dynamischen Exportentwicklung hat die Kapazitätsauslastung in der Industrie bis zur Jahresmitte deutlich steigen lassen. Daher wurde neben dem Ersatz veralteter Produktionsanlagen zunehmend in die Erweiterung der Produktionskapazitäten investiert. Vor diesem Hintergrund wurden die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlagen) im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2007 um etwa 5 ½ % ausgeweitet. Zu diesem Ergebnis trugen die Anschaffungen neuer Maschinen und Geräte sowie die Käufe von Fahrzeugen etwa im gleichen Ausmaß bei. Gestützt wurde die Sachkapitalbildung von den steigenden Unternehmensgewinnen und den günstigen Finanzierungsbedingungen.

Der Höhepunkt des Investitionszyklus dürfte inzwischen überschritten sein. Die Kapazitätsauslastung ist zuletzt leicht gesunken, und die Unternehmen beurteilen ihre Absatz- und Ertragserwartungen weniger optimistisch. Darüber hinaus verschlechtern sich die monetären Rahmenbedingungen. Dazu trägt zum einen die Aufwertung des Euro bei. Zum anderen dürften die Kapitalmarktzinsen im Prognosezeitraum steigen. Zudem deuten die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage der Notenbanken im Euroraum zum Kreditgeschäft der Geschäftsbanken („*Bank Lending Survey*“) darauf hin, dass sich aufgrund einer geänderten Risikoeinschätzung die Richtlinien für Unternehmenskredite auch in Österreich verschärfen könnten. Im dritten Quartal sind die Zinssätze für Kredite an Unternehmen deutlich gestiegen.

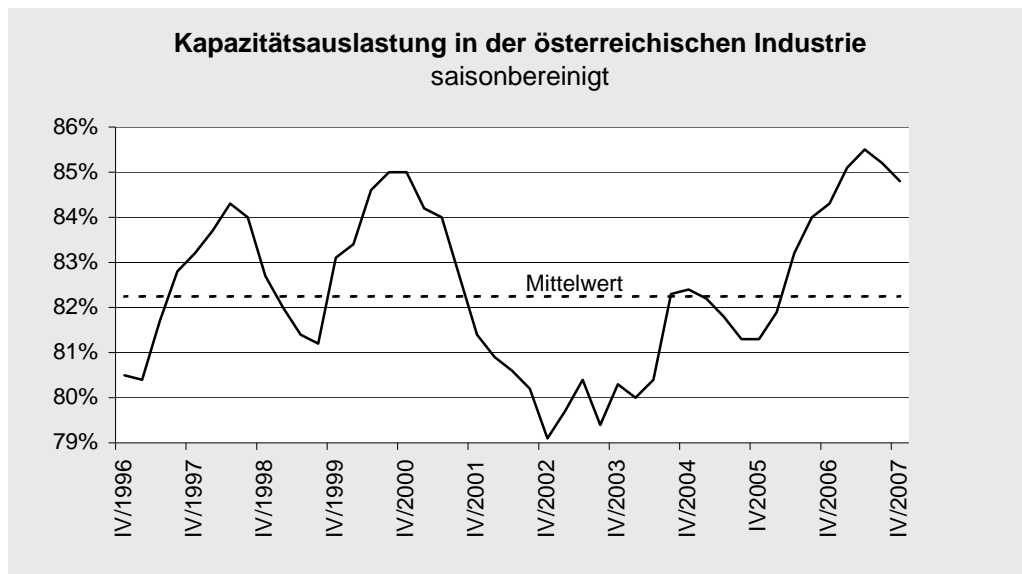
Mit einer Wachstumsrate von 6 % werden die Ausrüstungsinvestitionen im heurigen Jahr kräftig ausgeweitet. Für 2008 und 2009 erwartet das Institut eine Verringerung des Wachstums auf 4 % bzw. 3.5 %. Aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks auf den Weltmärkten für Kapitalgüter dürften die Investitionsgüterpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um rund 0.8 % sinken. Für 2008 erwartet das Institut einen im Jahresdurchschnitt stagnierenden Investitionsdeflator. Für 2009 wird ein leichter Anstieg um 0.3 % prognostiziert.



Quelle: Industriellenvereinigung.



Quelle: Industriellenvereinigung.



Quelle: Europäische Kommission.

In den ersten drei Quartalen nahmen die **realen Bauinvestitionen** um rund 5 ½ % zu. Dabei entwickelten sich dem aktuellen Rechenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zufolge die Nicht-Wohnbauinvestitionen deutlich dynamischer als die Wohnbauinvestitionen. Die gute Industriekonjunktur veranlasste die Unternehmen, kräftig in neue Büro- und Fabrikgebäude zu investieren. Im Bereich des Tiefbaus führten Infrastrukturausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie der ÖBB zu hohen Zuwächsen im Tunnel- und Straßenbau. Nachdem die Bautätigkeit im vergangenen Winter vom ungewöhnlich milden Wetter begünstigt wurde, schwächten sich die Zuwächse im Jahresverlauf ab. Dies zeigt sich auch in der Baubeschäftigung. Diese stieg im Oktober nur noch um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr, nachdem die Zunahme im ersten Quartal des heurigen Jahres noch 9 % betragen hatte. Auch die Auftragseingänge deuten auf eine Abschwächung der Bautätigkeit in den kommenden Monaten hin. Vor allem im Hochbau nahm die Dynamik der Auftragseingänge ab. Alles in allem sollten die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum weiter steigen, wenn auch mit einem deutlich geringeren Tempo als im ablaufenden Jahr. Die anhaltende Ausweitung der Wohnbevölkerung wird die Wohnbautätigkeit stützen. Zudem bieten die hohen Energiepreise Anreize zu Investitionen in die thermische Sanierung von Wohngebäuden. Der bestehende Bedarf an einer Verbesserung der Straßen- und Schieneninfrastruktur spricht für ein fortgesetztes Wachstum der Tiefbauinvestitionen. Insgesamt dürften die realen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2008 um 2,3 % und 2009 um 2 % wachsen, nach 5 % im heurigen Jahr.

Die rege Bautätigkeit hat im Verein mit steigenden Rohstoffpreisen im bisherigen Jahresverlauf einen starken Anstieg der Baupreise um 3,8 % nach sich gezogen. Dabei war die Zunahme im Hochbau mit 4,4 % stärker als im Tiefbau mit 3,2 %. Der Preisindex der Bauinvestitionen erhöhte sich um 3,9 %. Für den Jahresdurchschnitt 2007 beläuft sich die Prognose ebenfalls auf 3,9 %. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte der Preisdruck nur allmählich nachlassen. Im Jahresdurchschnitt 2008 dürfte der

Deflator der Bauinvestitionen um 3.3 % steigen. Im darauf folgenden Jahr sollte sich der Preisauftrieb auf 2.5 % verlangsamen.

Die gesamten **realen Bruttoinvestitionen** (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) wurden von Jänner bis September um 5.1 % ausgeweitet. Für das Gesamtjahr erwartet das Institut einen Anstieg um 5.4 %. Für 2008 und 2009 können Wachstumsraten von 3 % bzw. 2.8 % erwartet werden.

Die Prognose der **öffentlichen Haushalte** sieht im betrachteten Zeitraum eine geringfügige Rückführung des Budgetdefizits von 0.7 % des BIP im Jahr 2007 auf 0.2 % des BIP im Jahr 2009 vor, nach 1.4 % im Jahr 2006. Aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vor allem wegen der kräftigen Steuereinnahmen wäre eine wesentlich stärkere Rückführung wünschenswert. Dies würde den Spielraum für die Steuerreform erweitern und ein höheres Reformvolumen erlauben.

Die gute Konjunktur führt zu beträchtlichen Einnahmensteigerungen, wobei vor allem die Lohnsteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer deutliche Zuwachsraten aufweisen und damit die budgetäre Situation erheblich verbessern. Das Anziehen der Gewinne der Unternehmen führt zu erheblichen Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer und bei der Kapitalertragsteuer auf Dividenden. Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen fällt als Folge des Anstiegs des Zinsniveaus ebenfalls deutlich höher als im letzten Jahr aus. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer legen in diesem Jahr aufgrund des kräftigen Anstiegs der Beschäftigung zu. Im nächsten und übernächsten Jahr werden vor allem die höheren nominellen Lohnzuwächse und die Wirkung der Progression zu einem weiterhin kräftigen Aufkommen führen. Das Wachstum der Umsatzsteuer in diesem Jahr ist auf eine Verschiebung der Zahlungseingänge zurückzuführen und wird im nächsten und übernächsten Jahr wieder auf ein deutlich geringeres Niveau zurückkehren. Die übrigen Verbrauchssteuern fallen etwas moderater als veranschlagt aus. Von der Einnahmenentwicklung profitieren im Rahmen des Finanzausgleichs auch die Länder und Gemeinden, was deren finanziellen Spielraum deutlich verbessert. Die Abgabenseite bietet somit die Möglichkeit für eine kräftige Defizitrückführung im heurigen Jahr. Auch in den nächsten beiden Jahren werden die Abgaben hierfür Raum bieten.

Ebenso finden sich auch auf der Ausgabenseite kräftige Zuwächse, wobei deutliche Unterschiede zwischen Bund, Ländern und Gemeinden festzustellen sind. Die Personalausgaben des Bundes sowie die Pensionsleistungen wachsen moderat, deutlich legen jedoch die Kosten für die Landeslehrer aufgrund der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl zu. Rückläufig sind heuer die Kosten für die Arbeitsmarktpolitik im Gefolge der guten konjunkturellen Situation und der damit verbundenen geringeren Arbeitslosenquote. Bei Ländern und Gemeinden erwartet das Institut hingegen ein deutliches Anziehen der Ausgaben. In den Jahren 2008 und 2009 werden die Lohnabschlüsse im öffentlichen Bereich zu erheblichen Mehrausgaben führen. Konsum- und defiziterhöhend wirkt in den Prognosejahren auch die Anlieferung der Abfangjäger, wobei der überwiegende Teil auf das Jahr 2008 entfällt. Das Institut erwartet, dass der reale öffentliche Konsum im Jahr 2007 um 2.6 %, im Jahr 2008 um 3.0 % wächst und im Jahr 2009 um 0.5 % zurückgehen dürfte. Der öffentliche Schuldenstand wird von 59.9 % des BIP im Jahr 2007 auf 56.6 % im Jahr 2009 zurückgehen und damit den Trend der letzten Jahre fortsetzen.

Der neue Finanzausgleich für die Jahre 2008 – 2013 weist einige positive Weiterentwicklungen, aber auch negative Aspekte auf. Die Umwandlung von Transfers in Ertragsanteile erhöht die Transparenz der Mittelverteilung, wie auch die Manövrierfähigkeit der verteilten Finanzmasse. Als Fortschritt ist auch die Vereinbarung über die Übernahme der Pensionsreform des Bundes durch die Bundesländer zu werten, wobei die Einschränkung gilt, dass lediglich eine finanziell gleichwertige Umsetzung durchzuführen ist. Kritisch sieht das Institut die weitere Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, welche kleinere Gemeinden gegenüber größeren besser stellt, was ineffizient kleine Gemeindegrößen weiter verfestigt. Der neue österreichische Stabilitätspakt sieht deutlich geringere Beiträge der Länder in den kommenden Jahren gegenüber den Vorjahren vor. Allein im Jahr 2008 müssen die Länder durch die neue Vereinbarung rund 850 Mio. € weniger beitragen. Positiv zu beurteilen ist aber die neu geschaffene Möglichkeit, auf individueller Ebene Übererfüllungen im Rahmen des Stabilitätspaktes in Folgejahre vorzutragen. Dies erhöht die Ausgabenflexibilität v. a. für größere Investitionen und die Motivation Einsparungen durchzuführen.

Mit der Beschlussfassung der Haushaltsrechtsreform wurde ein weiterer Schritt in Richtung Umsetzung der wissenschaftlichen Methoden des New Public Management getätigt. Die Bestimmungen bezüglich des Finanzrahmens, wie z. B. die globale Mittel-zur-Verfügung-Stellung, sollen mit 1. Jänner 2009 in Kraft treten, die Bestimmungen bezüglich der neugefassten Haushaltsgrundsätze mit dem Jahr 2013. Obwohl diese Reform auch einige Schwachpunkte aufweist, wie z. B. zu breit gefasste Kategorien, ist sie als wichtige Weiterentwicklung zu sehen.

Angesichts der günstigen Konjunktorentwicklung haben sich die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** im ablaufenden Jahr eher verhalten entwickelt. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergab sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 eine Zuwachsrate von 2.6 %. Die Tariflöhne haben in diesem Zeitraum lediglich um 2.4 % zugenommen. Für den Jahresdurchschnitt des ablaufenden Jahres sollte das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten bei 2.6 % zu liegen kommen. Aufgrund der etwas dynamischeren Preisentwicklung werden die Reallöhne im Schnitt um 0.6 % ansteigen. Das Reallohnwachstum sollte damit deutlich hinter dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität von 1.3 % zurückbleiben.

Die jüngste Herbstlohnrunde war von der stabil günstigen Konjunktursituation in Österreich geprägt. Bei den Lohnverhandlungen für die Metallindustrie wurde eine Erhöhung der Ist-Löhne um 3.5 % vereinbart. Zudem haben sich die Unternehmen der Metallbranche zu einer betriebserfolgsabhängigen Einmalzahlung von bis zu 200 Euro verpflichtet. Die Einmalzahlungen ermöglichen den Arbeitnehmern in dieser Branche, an der günstigen Konjunkturlage zu partizipieren. Die Bruttolöhne werden in Unternehmen mit günstigem Betriebserfolg um etwa 4 % steigen. Auch in anderen Branchen wurde eine kräftige Erhöhung der Löhne für 2008 beschlossen. Die bisherigen Abschlüsse bewegen sich knapp über der 3-Prozent-Marke.

Aufgrund der Lohnabschlüsse erwartet das Institut, dass die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten im Jahr 2008 um 3.4 % zunehmen werden. Für die Reallöhne wird somit ein Anstieg um 1.1 %

prognostiziert. Dies impliziert, dass im kommenden Jahr das Reallohnwachstum näher am Wachstum der Arbeitsproduktivität von 1.5 % liegen wird.

Im Jahr 2009 sollte das Lohnwachstum dann wieder etwas moderater ausfallen. Im Einklang mit der Konjunkturlage wird ein Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten um 3 % vorhergesehen. Dies sollte ein Reallohnwachstum von 1.3 % ermöglichen. Aufgrund der niedrigeren Inflationsrate wird das Lohnwachstum dann erneut nahe an das Wachstum der Arbeitsproduktivität von 1.5 % herankommen.

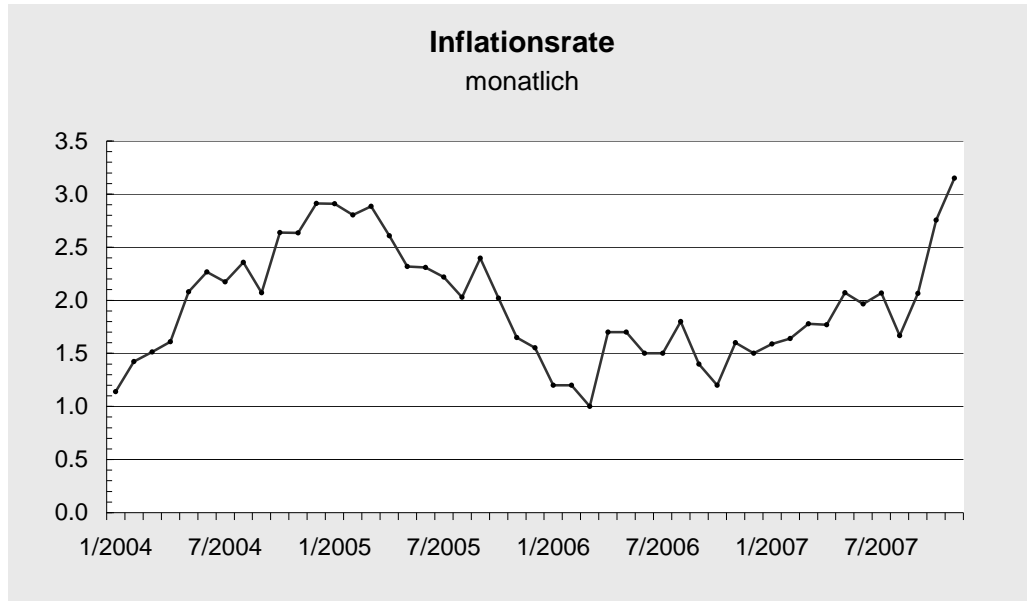
Zu Beginn des ablaufenden Jahres hat sich der Preisauftrieb erwartungsgemäß gedämpft entwickelt. Im ersten Quartal lag die **Inflationsrate** bei 1.7 %. In der Folge hat jedoch die Tendenz zu einem heftigeren Anstieg der Verbraucherpreise schrittweise zugenommen. Im Durchschnitt des zweiten Quartals kam die Inflationsrate knapp unter der 2-Prozent-Marke zu liegen. In der zweiten Jahreshälfte hat der Preisauftrieb deutlich an Fahrt aufgenommen. Die Ausgabengruppe „Wohnung, Wasser und Energie“ lieferten den bedeutendsten Beitrag zum Preisanstieg. Seit Mitte des Jahres verzeichneten auch Nahrungsmittel, einen deutlichen Preisanstieg der hartnäckig erhalten blieb. Im vierten Quartal verschärfte sich die Inflationsdynamik durch den massiven Anstieg der Rohölpreise, der sich unmittelbar in steigenden Treibstoffpreisen niederschlug. Im Einklang mit der Entwicklung innerhalb der Europäischen Union kletterte die Inflationsrate im Oktober auf einen Wert von 2.8 %, und im November wurde gar die 3-Prozent-Marke überschritten. Für den Jahresdurchschnitt des ablaufenden Jahres prognostiziert das Institut nunmehr einen Anstieg der Verbraucherpreise von 2.1 %.

Im Euroraum lag der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2 %. Im ersten Halbjahr lag die Inflationsrate im Euroraum bei 1.9 %, im Sommer war ein leichter Rückgang des HVPI-Anstiegs auf 1.7 % zu verzeichnen. Seit Oktober ist ein auffälliger Anstieg des HVPI zu beobachten. Im Oktober schoss der Preisanstieg auf 2.6 %, gefolgt von einer weiteren deutlichen Beschleunigung auf 3.1 % im November. Die jüngste Preisdynamik in den Mitgliedstaaten wird primär von der Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise bestimmt. Angesichts der dämpfenden Entwicklung des Euro-Dollar-Wechselkurses gibt die jüngste Entwicklung der Verbraucherpreise Anlass zur Sorge, zumal sich die Preisauftriebstendenzen in den nächsten sechs Monaten kaum abschwächen dürften.

Von den Energie- und Nahrungsmittelpreisen wird auch im ersten Halbjahr 2008 ein wesentlicher Impuls für den Preisauftrieb ausgehen. Die heimische Inflation sollte daher einige Monate deutlich über der 2-Prozent-Marke verharren. Die vorliegende Prognose geht daher davon aus, dass erst in der zweiten Jahreshälfte eine Entspannung bei den Verbraucherpreisanstiegen eintreten wird. Für das Jahr 2008 wird daher die Prognose für den Anstieg des VPI auf 2.4 % angehoben.

Für das Jahr 2009 wird erwartet, dass sich die wesentlichen Komponenten der hohen Inflation – hohe Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie die ausnehmend günstige Konjunkturlage in der Europäischen Union – beruhigt entwickeln sollten. Dann wird sich auch der Anstieg der Verbraucherpreise

wieder auf ein moderates Niveau einpendeln. Die vorliegende Prognose geht für 2009 von einem Wert von 1.6 % aus.



Quelle: Statistik Austria

Die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt stellt sich im Vergleich zum letzten Prognosetermin unverändert günstig dar. Die **Beschäftigung** steigt weiterhin mit einem hohen Tempo, die Zahl der vorgezeichneten Arbeitslosen geht deutlich zurück. Folglich ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2007 eine Arbeitslosenquote nach nationaler Definition von 6 ¼ %. Seit dem Jahr 2005 ist damit die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt gefallen. Dieser Rückgang ist aber primär konjunkturell bedingt, die strukturellen Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt bestehen weiterhin. In den kommenden zwei Jahren sollte die Beschäftigung weiterhin deutlich zulegen können, die Arbeitslosigkeit wird auf dem Niveau von 2007 verharren.

Im November lag die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 55,000 Personen bzw. 1.8 % über dem Vorjahresniveau, wobei die Mehrzahl der zusätzlichen Arbeitsplätze auf Frauen (62 %) entfiel. In sektoraler Gliederung profitiert die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion mit einem Zuwachs von 15,000 Personen bzw. 2.5 % weiterhin von der noch kräftigen Industriekonjunktur. Hierbei entfiel auf die Bereiche Maschinenbau (6,900), Metall (3,700) und Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung (2,600) der Großteil der Arbeitsplatzgewinne. Rund 45,000 neue Jobs (2 %) entstanden im Dienstleistungssektor. Deutlich zugelegt haben dabei die Bereiche unternehmensnahe Dienstleistungen (12,200), Einzelhandel (10,600) und das Gesundheits- und Sozialwesen (9,400). Der Bau verzeichnete hingegen im Vorjahresvergleich, auch aufgrund der ungünstigeren Witterungslage, einen leichten Beschäftigungsrückgang (-1,200).

Im Jahresdurchschnitt 2007 beträgt die Beschäftigungsausweitung 2 %, per Saldo entstehen somit knapp 65,000 zusätzliche Arbeitsplätze im Jahresvergleich. Solche Beschäftigungszuwächse wurden zuletzt zu Beginn der 1990er Jahre verzeichnet. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich die Beschäftigungsdynamik merklich abschwächen. Darauf deutet auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen, ein guter Frühindikator für die Beschäftigungsentwicklung, hin. Die Verlangsamung wird primär durch die konjunkturelle Entwicklung verursacht, in Teilsegmenten des Arbeitsmarktes (etwa im Metallbereich) treten bereits Personalengpässe auf. Für den Jahresdurchschnitt 2008 und 2009 wird daher eine Beschäftigungszunahme von 0.9 % bzw. von 1 % erwartet. Über den gesamten Prognosehorizont steigt die Zahl der Arbeitsplätze damit kräftig.

Arbeitsmarktentwicklung 2007

	Jänner bis November (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	62,267	1.9 %
Männer	32,731	1.9 %
Frauen	29,536	2.0 %
Aktiv-Beschäftigte*	64,716	2.0 %
Primärer Sektor	-950	-1.4 %
Sachgüterproduktion	15,000	2.6 %
Bau	7,497	3.1 %
Dienstleistungssektor	43,170	1.9 %
Arbeitslose	-16,589	-6.9 %
Männer	-11,845	-9.0 %
Frauen	-5,364	-5.2 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS.

* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienr mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis.

Seit März 2006 sinkt die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** stetig. Im November des ablaufenden Jahres waren 8,100 Personen bzw. 3.5 % weniger als arbeitslos registriert als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Hierbei ist zu beachten, dass auch die Zahl der Schulungsteilnehmer (-8,000) zurückgegangen ist. Aufgrund des starken Anstiegs des Arbeitskräfteangebots schlägt sich die äußerst kräftige Beschäftigungsentwicklung nur partiell in den Arbeitslosenzahlen nieder. In reiner Saldenbetrachtung wird lediglich etwa jeder vierte neue Job durch einen registrierten Arbeitslosen besetzt. Im Jahresdurchschnitt 2007 wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um knapp 16,000 Personen bzw. 6.6 % zurückgehen. Aufgrund der Konjunkturabkühlung erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2008 nunmehr keinen weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Auch 2009 dürfte die Arbeitslosigkeit stagnieren.

Diese Entwicklungen implizieren eine Arbeitslosenquote (nationale Definition) von 6 ¼ % für 2007. Im weiteren Prognosezeitraum sollte die Arbeitslosenquote 6.2 % bzw. 6.1 % betragen. Die Arbeitslosenquote nach EUROSTAT-Berechnungsmethode beläuft sich 2007 auf 4.4 %, in den kommenden beiden Jahren auf 4.3 %.

Seit 2005 ist die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt gesunken. Dies ist prinzipiell sehr erfreulich, aber doch primär konjunkturell bedingt. In den nächsten beiden Jahren ist trotz einer passablen Konjunktursituation lediglich eine Stagnation in den Arbeitslosenzahlen zu erwarten. Für eine weitere Absenkung der Arbeitslosenquote wären daher strukturelle Maßnahmen erforderlich. Vor diesem Hintergrund sind verstärkte Anstrengungen zur Hebung der beruflichen Qualifikation bzw. Umschulung der (Langzeit-)Arbeitslosen notwendig. Dies sollte in enger Kooperation von Berufsausbildungsinstitutionen, dem AMS, Weiterbildungseinrichtungen und insbesondere in den Betrieben erfolgen. Angedacht werden sollten auch Maßnahmen zur verstärkten Aktivierung von Langzeitarbeitslosen. Weitere Reformen im Bereich der dualen Ausbildung erscheinen angeraten. Im Rahmen der schulischen Ausbildung ist es wichtig, das Entstehen von Defiziten bei essenziellen Kulturtechniken zu verhindern. Effizienter Mitteleinsatz zur Förderung schwächerer Schüler und Bildungsmaßnahmen, die bereits im Vorschulalter ansetzen, sind zur Verhinderung von zukünftigen Problemen am Arbeitsmarkt notwendig.

Aus Sicht des Instituts sind Bestrebungen zur Öffnung des Arbeitsmarktes positiv zu sehen. Weitere Übergangsfristen sind allenfalls im Bereich der Unqualifizierten überlegenswert. Qualifizierte Zuwanderung könnte helfen, die Mis-Match-Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt zu reduzieren und würde damit die Qualität des Wirtschaftsstandorts Österreich heben. Generell sollte die Diskussion über die Höhe der Arbeitskräftemigration in Österreich stärker auf strukturelle, nicht so sehr auf kurzfristig konjunkturelle, Argumente fokussiert werden.

5. Monetäre Prognose

Im vierten Quartal 2007 beließ die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen im Euroraum unverändert. Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt damit seit Juni dieses Jahres bei 4 %. Für die Beibehaltung dieses Satzes sprach insbesondere die hohe Unsicherheit bei der Bewertung der potenziellen Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen, welche von Problemen am amerikanischen Markt für Subprime-Hypothekenfinanzierungen ausgelöst worden waren. Die dadurch entstandene Vertrauenskrise unter den Banken führte zu ungewöhnlich hohen Risiko- bzw. Liquiditätsaufschlägen am Geldmarkt, etwa im 3-Monats-Euribor, der in den vergangenen Monaten deutlich über dem Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte lag. Um den Anspannungen am Geldmarkt entgegenzutreten, stellte die EZB dem Euro-Geldmarkt wiederholt zusätzliche Liquidität zur Verfügung. Die angespannte Lage am Geldmarkt überschattet derzeit eine andere Gefahr, nämlich jene steigender Inflationserwartungen. Die jüngsten Inflationszahlen deuten klar auf eine Zunahme der Inflation im Euroraum hin. Im September, Oktober und November lag die Inflationsrate im Euroraum zum Teil deutlich über dem Zielsatz der EZB von knapp 2 %, wobei die Tendenz steigend war. Auch die Geldmenge wächst weiterhin mit zweistelligen Rekordwerten, was eine langfristig stabile, niedrige Inflation gefährdet. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet betonte zuletzt, dass die drohende Inflationsgefahr sehr sorgfältig geprüft werde und dass eine weitere Zinsanhebung nicht ausgeschlossen sei. Das Institut rechnet bei einer Fortsetzung des stabilen Wirtschaftswachstums mit voraussichtlich einer Zinserhöhung der EZB im Jahresverlauf 2008.

Die US-Notenbank Fed hat im vierten Quartal 2007 den Zielsatz für Taggeld in zwei Schritten um 50 Basispunkte auf 4.25 % zurückgenommen. Hauptgrund für die Zinssenkungen ist die Krise am amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt, deren potenzielle realwirtschaftliche Auswirkungen gegenwärtig stärker eingeschätzt werden als zuvor. Beträchtliche Abschreibungen verschiedener Finanzinstitute waren – neben einem ausgetrockneten Geldmarkt – die ersten sichtbaren Folgen der Krise. Über das Ausmaß der realwirtschaftlichen Auswirkungen besteht nach wie vor Uneinigkeit.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum werden gegenwärtig deutlich über dem Referenzsatz der EZB von 4 % quotiert. Nach einer vermeintlichen Entspannung Anfang November sind die Zinsaufschläge in den vergangenen Wochen wieder gestiegen. Mitte Dezember wurde der 3-Monats-Euribor zu 4.95 % quotiert und lag damit um 95 Basispunkte über dem Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte. In normalen Zeiten beträgt dieser Aufschlag etwa 20 Basispunkte. Gemessen an Durchschnittswerten ist der 3-Monats-Euribor vom dritten auf das vierte Quartal um 25 Basispunkte gestiegen. Das Institut geht gegenwärtig davon aus, dass sich die Lage am Geldmarkt nur langsam entspannen wird, dass also noch länger mit erhöhten Geldmarktzinsen gerechnet werden muss. Insgesamt erwartet das Institut für 2007, 2008 und 2009 einen jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor von 4.32 %, 4.42 % bzw. 4.27 %.

Auf den Anleihenmärkten sind die Renditen, gemessen an Quartalsdurchschnittswerten, vom dritten auf das vierte Quartal 2007 leicht zurückgegangen. Österreichische Staatsanleihen mit einer Rest-

laufzeit von zehn Jahren wiesen Mitte Dezember eine Rendite von 4.40 % auf. Seit August dieses Jahres liegt die Rendite 10-jähriger österreichischer Staatsanleihen *unter* dem 3-Monats-Euribor, was zu einem guten Teil auf die hohen Risiko- bzw. Liquiditätsaufschläge beim 3-Monats-Euribor zurückzuführen ist. Auch wenn man diese Prämien außer Acht lässt, ist die Zinskurve im Euroraum momentan relativ flach, und das sollte sich im kommenden Jahr nicht grundlegend verändern. Für 2007, 2008 und 2009 erwartet das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Jahresrendite von 4.30 %, 4.51 % bzw. 4.49 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem Dollar im vierten Quartal 2007 erneut an Wert gewonnen und wurde im Quartalsdurchschnitt zu 1.45 USD/EUR gehandelt. Im November wurde dabei auf den internationalen Devisenmärkten ein neuer Euro-Dollar-Höchstwert von über 1.49 USD/EUR verzeichnet. Die generelle Tendenz der Euro-Dollar-Wechselkursentwicklung hat sich nicht verändert: Die zu beobachtende Verringerung der Zinsdifferenz zwischen Euroraum und USA und die mögliche US-Konjunkturabschwächung sprechen *ceteris paribus* für eine Aufwertung des Euro. Bei dem gegenwärtigen Niveau von 1.47 USD/EUR ist der Euro aus Sicht des Instituts zwar überbewertet, eine Korrektur würde aber deutliche (den Dollar stärkende) Impulse voraussetzen, welche momentan nicht in Sicht sind. Eine anziehende US-Konjunktur etwa könnte die Stimmung rasch wieder zugunsten der US-Währung umschlagen lassen. Im kommenden Jahr rechnet das Institut mit keinem weiteren Anstieg des Euro gegenüber dem Dollar, gemessen an Jahredurchschnittswerten sollte der Kurs allerdings steigen. Für 2007 und 2008 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.37 USD/EUR bzw. 1.42 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2007 und 2008 hat sich seit der September-Prognose nicht wesentlich verändert; lediglich das Wachstum der Termineinlagen dürfte 2007 deutlich höher als prognostiziert ausfallen. Für 2009 sieht das Institut ähnliche Werte wie für das kommende Jahr. Für 2007, 2008 und 2009 wird für die Sichteinlagen ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 8.4 %, 7.8 % bzw. 7.2 % erwartet, die Termineinlagen sollten um 24 %, 5.1 % bzw. 2.5 % steigen. Das Volumen der Spareinlagen sollte in den drei Prognosejahren nur moderat zunehmen, mit Wachstumswerten von 2.8 %, 2 % bzw. 1.6 %. Die Ausweitung des Kreditvolumens sollte sich 2007 auf 2.9 % belaufen, in den beiden Folgejahren wird ein etwas geringeres Wachstum von jeweils 2.4 % erwartet. Insgesamt sollte das Wachstum bei den angeführten Aggregaten 2008 und 2009 marginal niedriger als 2007 ausfallen, nur für die Termineinlagen wird ein deutlicher Wachstumsrückgang erwartet.

ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE



Quelle: Thomson Financial Datastream, eigene Berechnungen.

Erläuterung: Die strichlierte Linie gibt die prognostizierten Werte an.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	213.959 0.9%	216.557 1.2%	221.557 2.3%	226.084 2.0%	233.550 3.3%	241.345 3.3%	247.112 2.4%	253.259 2.5%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	220.841 2.3%	226.175 2.4%	236.149 4.4%	245.330 3.9%	257.897 5.1%	271.949 5.4%	284.015 4.4%	295.987 4.2%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (2000=100)	103.217 1.4%	104.441 1.2%	106.586 2.1%	108.513 1.8%	110.425 1.8%	112.681 2.0%	114.934 2.0%	116.871 1.7%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (2005=100)	94.485 1.8%	95.750 1.3%	97.740 2.1%	100.000 2.3%	101.500 1.5%	103.632 2.1%	106.119 2.4%	107.817 1.6%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	36.450 2.3%	37.128 1.9%	37.601 1.3%	38.566 2.6%	39.560 2.6%	40.588 2.6%	41.968 3.4%	43.227 3.0%
LEA	UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3051.925 -0.5%	3057.409 0.2%	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3225.170 2.0%	3254.197 0.9%	3286.739 1.0%
UR	ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.861 0.779	7.010 0.149	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.264 -0.531	6.186 -0.078	6.130 -0.056

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Var1	-0.077	0.718	0.918	1.081	1.112	0.964	0.923	0.996
Var2	0.109	0.007	0.093	0.067	0.066	0.015	0.024	0.042
Var3	0.318	0.283	0.253	0.346	0.381	0.463	0.531	-0.089
Var4	-1.535	1.377	0.255	-0.286	0.774	1.140	0.647	0.615
Var5	-0.808	0.674	-0.138	0.065	0.200	0.559	0.382	0.340
Var6	-0.534	0.558	0.152	0.007	0.585	0.581	0.266	0.236
Var7	0.171	0.079	-0.099	-0.009	-0.299	-0.002	-0.001	-0.002
Var8	1.928	1.163	4.107	3.320	4.145	4.029	3.598	4.093
Var9	1.767	0.900	3.873	2.501	3.281	3.129	2.976	3.473
Var10	0.168	0.264	0.294	0.834	0.893	0.921	0.656	0.669
Var11	-0.057	-2.411	-3.217	-2.475	-2.876	-3.271	-3.333	-3.168
Var12	0.086	-2.153	-3.576	-2.264	-2.279	-3.080	-2.957	-2.832
Var13	-0.134	-0.282	0.238	-0.246	-0.598	-0.244	-0.419	-0.377
GDP	0.857	1.214	2.309	2.043	3.302	3.338	2.389	2.488

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	20.970 -1.715	22.078 1.109	21.829 -0.250	21.112 -0.717	21.186 0.074	21.604 0.419	21.732 0.128	21.805 0.073
UREU	ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	4.2 0.6	4.3 0.1	4.8 0.5	5.2 0.4	4.7 -0.5	4.4 -0.3	4.3 -0.1	4.3 0.0
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.513 0.194	2.920 -0.593	2.019 -0.902	1.832 -0.186	2.034 0.202	2.277 0.243	2.420 0.143	2.584 0.164
Var5	REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	35.326 1.0%	35.424 0.3%	35.209 -0.6%	35.502 0.8%	35.845 1.0%	36.056 0.6%	36.444 1.1%	36.910 1.3%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	7.011 1.4%	7.083 1.0%	7.197 1.6%	7.269 1.0%	7.386 1.6%	7.483 1.3%	7.594 1.5%	7.705 1.5%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.5 -0.5	-1.6 -1.1	-1.2 0.4	-1.6 -0.4	-1.4 0.2	-0.7 0.7	-0.6 0.1	-0.2 0.4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
C\$	120.375 1.1%	123.884 2.9%	128.348 3.6%	133.160 3.7%	138.057 3.7%	143.353 3.8%	149.217 4.1%	154.637 3.6%
CNP\$	4.138 5.8%	4.195 1.4%	4.433 5.7%	4.616 4.1%	4.828 4.6%	4.986 3.3%	5.149 3.3%	5.368 4.2%
CP\$	40.092 3.0%	41.441 3.4%	42.808 3.3%	44.513 4.0%	46.452 4.4%	48.494 4.4%	51.147 5.5%	51.859 1.4%
IF\$	45.804 -5.8%	49.206 7.4%	50.442 2.5%	50.721 0.6%	53.792 6.1%	57.878 7.6%	60.721 4.9%	63.397 4.4%
IFE\$	20.277 -7.3%	21.781 7.4%	21.552 -1.1%	22.018 2.2%	22.780 3.5%	23.966 5.2%	24.924 4.0%	25.861 3.8%
IFC\$	24.823 -3.8%	26.364 6.2%	27.276 3.5%	27.907 2.3%	30.287 8.5%	33.041 9.1%	34.883 5.6%	36.470 4.5%
DIF\$	0.000 0.002	0.000 -0.001	-0.105 -0.105	0.289 0.394	0.127 -0.162	0.129 0.002	0.131 0.001	0.132 0.002
VD\$	210.410 0.0%	218.726 4.0%	225.925 3.3%	233.300 3.3%	243.257 4.3%	254.840 4.8%	266.365 4.5%	275.392 3.4%
X\$	107.681 4.3%	109.773 1.9%	120.536 9.8%	131.097 8.8%	144.742 10.4%	157.464 8.8%	169.029 7.3%	182.408 7.9%
M\$	97.250 -0.7%	102.324 5.2%	110.313 7.8%	119.067 7.9%	130.102 9.3%	140.354 7.9%	151.379 7.9%	161.813 6.9%
GDP\$	220.841 2.3%	226.175 2.4%	236.149 4.4%	245.330 3.9%	257.897 5.1%	271.949 5.4%	284.015 4.4%	295.987 4.2%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
C	116.662 -0.1%	118.197 1.3%	120.186 1.7%	122.581 2.0%	125.095 2.1%	127.347 1.8%	129.576 1.8%	132.038 1.9%
CNP	4.095 6.0%	4.110 0.4%	4.311 4.9%	4.459 3.4%	4.608 3.3%	4.642 0.8%	4.700 1.3%	4.804 2.2%
CP	38.848 1.8%	39.453 1.6%	40.001 1.4%	40.766 1.9%	41.628 2.1%	42.710 2.6%	43.991 3.0%	43.771 -0.5%
IF	44.867 -6.8%	47.812 6.6%	48.364 1.2%	47.730 -1.3%	49.479 3.7%	52.141 5.4%	53.704 3.0%	55.224 2.8%
IFE	20.030 -7.9%	21.472 7.2%	21.173 -1.4%	21.317 0.7%	21.769 2.1%	23.075 6.0%	23.998 4.0%	24.838 3.5%
IFC	24.286 -4.5%	25.479 4.9%	25.808 1.3%	25.825 0.1%	27.146 5.1%	28.504 5.0%	29.145 2.3%	29.728 2.0%
DIF	0.465 0.363	0.633 0.168	0.419 -0.214	0.399 -0.020	-0.278 -0.677	-0.282 -0.004	-0.285 -0.003	-0.289 -0.004
VD	204.974 -1.0%	210.147 2.5%	213.233 1.5%	215.899 1.3%	220.545 2.2%	226.559 2.7%	231.689 2.3%	235.548 1.7%
X	106.597 4.0%	109.085 2.3%	117.979 8.2%	125.334 6.2%	134.705 7.5%	144.114 7.0%	152.798 6.0%	162.912 6.6%
M	97.575 0.1%	102.734 5.3%	109.702 6.8%	115.185 5.0%	121.687 5.6%	129.328 6.3%	137.372 6.2%	145.201 5.7%
GDP	213.959 0.9%	216.557 1.2%	221.557 2.3%	226.084 2.0%	233.550 3.3%	241.345 3.3%	247.112 2.4%	253.259 2.5%

TAB. 4: PREISINDIZES (2000 = 100)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
PC	103.183 1.3%	104.811 1.6%	106.791 1.9%	108.630 1.7%	110.362 1.6%	112.569 2.0%	115.158 2.3%	117.116 1.7%
PCP	103.204 1.2%	105.038 1.8%	107.017 1.9%	109.191 2.0%	111.589 2.2%	113.542 1.8%	116.267 2.4%	118.476 1.9%
PIF	102.089 1.0%	102.915 0.8%	104.297 1.3%	106.267 1.9%	108.717 2.3%	111.002 2.1%	113.068 1.9%	114.799 1.8%
PIFE	101.234 0.6%	101.438 0.2%	101.786 0.3%	103.289 1.5%	104.644 1.3%	103.859 -0.8%	103.859 0.0%	104.119 0.3%
PIFC	102.211 0.7%	103.473 1.2%	105.685 2.1%	108.063 2.3%	111.569 3.2%	115.920 3.9%	119.687 3.3%	122.680 2.5%
PVD	102.652 1.0%	104.082 1.4%	105.952 1.8%	108.060 2.0%	110.298 2.1%	112.483 2.0%	114.967 2.2%	116.915 1.7%
PX	101.017 0.3%	100.631 -0.4%	102.168 1.5%	104.598 2.4%	107.451 2.7%	109.263 1.7%	110.623 1.2%	111.968 1.2%
PM	99.667 -0.8%	99.601 -0.1%	100.557 1.0%	103.369 2.8%	106.915 3.4%	108.526 1.5%	110.197 1.5%	111.441 1.1%
PGDP	103.217 1.4%	104.441 1.2%	106.586 2.1%	108.513 1.8%	110.425 1.8%	112.681 2.0%	114.934 2.0%	116.871 1.7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
XG\$	78.031 4.5%	79.232 1.5%	88.574 11.8%	96.094 8.5%	106.367 10.7%	116.021 9.1%	124.915 7.7%	135.500 8.5%
XSO\$	15.743 3.5%	15.993 1.6%	17.140 7.2%	19.574 14.2%	22.533 15.1%	25.034 11.1%	27.000 7.9%	29.190 8.1%
XST\$	13.907 3.8%	14.548 4.6%	14.822 1.9%	15.429 4.1%	15.842 2.7%	16.409 3.6%	17.114 4.3%	17.718 3.5%
X\$	107.681 4.3%	109.773 1.9%	120.536 9.8%	131.097 8.8%	144.742 10.4%	157.464 8.8%	169.029 7.3%	182.408 7.9%
MG\$	74.236 -2.1%	78.026 5.1%	86.119 10.4%	93.737 8.8%	102.866 9.7%	111.810 8.7%	121.148 8.4%	129.946 7.3%
MSO\$	14.210 8.1%	14.992 5.5%	15.404 2.7%	16.942 10.0%	18.310 8.1%	19.189 4.8%	20.451 6.6%	21.692 6.1%
MST\$	8.804 -1.0%	9.306 5.7%	8.790 -5.5%	8.388 -4.6%	8.926 6.4%	9.355 4.8%	9.780 4.5%	10.175 4.0%
M\$	97.250 -0.7%	102.324 5.2%	110.313 7.8%	119.067 7.9%	130.102 9.3%	140.354 7.9%	151.379 7.9%	161.813 6.9%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
XG	78.228 5.0%	80.153 2.5%	88.541 10.5%	94.083 6.3%	101.501 7.9%	108.810 7.2%	115.991 6.6%	124.574 7.4%
XSO	15.242 1.6%	15.442 1.3%	16.136 4.5%	17.770 10.1%	19.799 11.4%	21.779 10.0%	23.086 6.0%	24.529 6.3%
XST	13.142 0.9%	13.507 2.8%	13.451 -0.4%	13.664 1.6%	13.654 -0.1%	13.825 1.3%	14.102 2.0%	14.313 1.5%
X	106.597 4.0%	109.085 2.3%	117.979 8.2%	125.334 6.2%	134.705 7.5%	144.114 7.0%	152.798 6.0%	162.912 6.6%
MG	76.016 -0.2%	80.622 6.1%	88.366 9.6%	93.381 5.7%	98.535 5.5%	105.728 7.3%	112.864 6.8%	119.862 6.2%
MSO	13.235 5.0%	13.539 2.3%	13.678 1.0%	14.772 8.0%	15.895 7.6%	16.332 2.8%	17.148 5.0%	17.920 4.5%
MST	8.307 -4.0%	8.606 3.6%	7.951 -7.6%	7.402 -6.9%	7.633 3.1%	7.766 1.8%	7.961 2.5%	8.120 2.0%
M	97.575 0.1%	102.734 5.3%	109.702 6.8%	115.185 5.0%	121.687 5.6%	129.328 6.3%	137.372 6.2%	145.201 5.7%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (2000 = 100)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
PXG	99.749 -0.5%	98.851 -0.9%	100.037 1.2%	102.138 2.1%	104.794 2.6%	106.627 1.8%	107.694 1.0%	108.771 1.0%
PXSO	103.285 1.9%	103.571 0.3%	106.227 2.6%	110.152 3.7%	113.805 3.3%	114.943 1.0%	116.954 1.8%	119.001 1.8%
PXST	105.822 2.8%	107.706 1.8%	110.194 2.3%	112.916 2.5%	116.021 2.7%	118.689 2.3%	121.360 2.3%	123.787 2.0%
PX	101.017 0.3%	100.631 -0.4%	102.168 1.5%	104.598 2.4%	107.451 2.7%	109.263 1.7%	110.623 1.2%	111.968 1.2%
PMG	97.659 -1.9%	96.780 -0.9%	97.457 0.7%	100.381 3.0%	104.396 4.0%	105.753 1.3%	107.339 1.5%	108.413 1.0%
PMSO	107.368 3.0%	110.733 3.1%	112.620 1.7%	114.684 1.8%	115.194 0.4%	117.498 2.0%	119.260 1.5%	121.049 1.5%
PMST	105.987 3.1%	108.138 2.0%	110.553 2.2%	113.317 2.5%	116.943 3.2%	120.451 3.0%	122.860 2.0%	125.317 2.0%
PM	99.667 -0.8%	99.601 -0.1%	100.557 1.0%	103.369 2.8%	106.915 3.4%	108.526 1.5%	110.197 1.5%	111.441 1.1%
Var1	101.355 1.1%	101.034 -0.3%	101.602 0.6%	101.189 -0.4%	100.501 -0.7%	100.679 0.2%	100.387 -0.3%	100.472 0.1%
Var2	102.140 1.4%	102.140 0.0%	102.647 0.5%	101.751 -0.9%	100.381 -1.3%	100.827 0.4%	100.330 -0.5%	100.330 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Var1	44.036 -1.311	45.241 1.205	46.713 1.472	48.533 1.820	50.447 1.914	51.610 1.163	53.300 1.689	54.669 1.369
Var2	33.615 -1.523	34.498 0.883	36.468 1.970	38.209 1.740	39.887 1.678	41.114 1.228	42.655 1.541	43.902 1.247
Var3	48.759 0.922	48.535 -0.225	51.042 2.508	53.437 2.394	56.124 2.687	57.902 1.778	59.514 1.612	61.627 2.113
Var4	35.334 0.747	35.031 -0.302	37.508 2.476	39.169 1.662	41.244 2.075	42.663 1.419	43.982 1.319	45.779 1.797

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
POPWAT	5237.400 0.5%	5266.300 0.6%	5300.900 0.7%	5333.300 0.6%	5369.700 0.7%	5386.400 0.3%	5401.700 0.3%	5418.900 0.3%
TLFPR	71.892 0.5%	72.262 0.5%	72.199 -0.1%	72.618 0.6%	72.899 0.4%	73.548 0.9%	73.871 0.4%	74.292 0.6%
TLF	3765.279 1.0%	3805.538 1.1%	3827.170 0.6%	3872.940 1.2%	3914.452 1.1%	3961.573 1.2%	3990.306 0.7%	4025.829 0.9%
Var1	3394.716 0.8%	3416.968 0.7%	3424.478 0.2%	3454.451 0.9%	3481.566 0.8%	3509.640 0.8%	3521.426 0.3%	3538.193 0.5%
DLFFOR	370.563 3.0%	388.570 4.9%	402.693 3.6%	418.489 3.9%	432.886 3.4%	451.933 4.4%	468.881 3.8%	487.636 4.0%
SEG	377.700 0.9%	380.700 0.8%	384.700 1.1%	390.000 1.4%	394.400 1.1%	396.530 0.5%	398.512 0.5%	401.501 0.8%
DLF	3387.579 1.1%	3424.838 1.1%	3442.470 0.5%	3482.940 1.2%	3520.052 1.1%	3565.043 1.3%	3591.794 0.8%	3624.328 0.9%
LEA	3051.925 -0.5%	3057.409 0.2%	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3225.170 2.0%	3254.197 0.9%	3286.739 1.0%
LENACT	103.236 27.0%	127.351 23.4%	120.047 -5.7%	119.879 -0.1%	118.946 -0.8%	116.567 -2.0%	115.401 -1.0%	115.401 0.0%
UN	232.418 14.0%	240.079 3.3%	243.880 1.6%	252.654 3.6%	239.174 -5.3%	223.306 -6.6%	222.196 -0.5%	222.188 0.0%
UR	6.861 0.779	7.010 0.149	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.264 -0.531	6.186 -0.078	6.130 -0.056

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
GDP\$	220.841 2.3%	226.175 2.4%	236.149 4.4%	245.330 3.9%	257.897 5.1%	271.949 5.4%	284.015 4.4%	295.987 4.2%
YWGG\$	111.244 1.8%	113.516 2.0%	115.755 2.0%	119.956 3.6%	125.085 4.3%	130.904 4.7%	136.573 4.3%	142.077 4.0%
BUSE	83.672 2.6%	87.234 4.3%	93.776 7.5%	98.221 4.7%	105.494 7.4%	112.252 6.4%	117.728 4.9%	123.097 4.6%
PASUB	25.925 3.6%	25.425 -1.9%	26.618 4.7%	27.154 2.0%	27.318 0.6%	28.793 5.4%	29.714 3.2%	30.814 3.7%
YF\$	-2.731 -47.2%	-2.030 -25.7%	-2.166 6.7%	-2.523 16.5%	-3.283 30.1%	-3.290 0.2%	-3.290 0.0%	-3.290 0.0%
DEP\$	31.704 3.4%	32.587 2.8%	33.761 3.6%	35.050 3.8%	36.488 4.1%	38.166 4.6%	39.788 4.3%	41.380 4.0%
Y\$	186.405 3.5%	191.557 2.8%	200.222 4.5%	207.757 3.8%	218.126 5.0%	230.493 5.7%	240.937 4.5%	251.318 4.3%
YT\$	-2.111 145.2%	-2.160 2.3%	-2.391 10.7%	-2.037 -14.8%	-2.228 9.3%	-2.284 2.5%	-2.329 2.0%	-2.329 0.0%
NE\$	184.294 2.9%	189.397 2.8%	197.831 4.5%	205.719 4.0%	215.898 4.9%	228.210 5.7%	238.608 4.6%	248.989 4.4%

TAB. 11 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
SI	39.420 11.3%	44.926 14.0%	49.771 10.8%	55.901 12.3%	60.682 8.6%	65.779 8.4%	70.910 7.8%	76.015 7.2%
TE	21.466 3.1%	18.866 -12.1%	18.788 -0.4%	20.374 8.4%	24.453 20.0%	30.321 24.0%	31.868 5.1%	32.664 2.5%
SP	125.492 3.5%	129.885 3.5%	134.049 3.2%	136.237 1.6%	138.213 1.5%	142.083 2.8%	144.924 2.0%	147.243 1.6%
KV	234.848 2.9%	236.639 0.8%	245.782 3.9%	257.653 4.8%	272.179 5.6%	280.072 2.9%	286.794 2.4%	293.677 2.4%
REU3M	3.32 -0.70	2.33 -0.99	2.11 -0.23	2.19 0.08	3.08 0.90	4.32 1.24	4.42 0.10	4.27 -0.15
REU10J	4.94 -0.10	4.11 -0.84	4.07 -0.04	3.36 -0.71	3.80 0.43	4.30 0.50	4.51 0.21	4.49 -0.03

TAB. 12 : WECHSELKURSE

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
USD/EUR	0.945 5.6%	1.132 19.7%	1.244 9.9%	1.245 0.1%	1.256 1.0%	1.372 9.2%	1.420 3.5%
GBP/EUR	0.629 1.2%	0.692 10.1%	0.679 -1.9%	0.684 0.8%	0.682 -0.3%	0.685 0.4%	0.725 5.8%
YEN/EUR	118.128 8.6%	131.033 10.9%	134.421 2.6%	136.828 1.8%	146.096 6.8%	161.256 10.4%	158.192 -1.9%
CHF/EUR	1.467 -2.9%	1.521 3.7%	1.544 1.5%	1.549 0.3%	1.573 1.6%	1.643 4.5%	1.649 0.4%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Robert Kunst, Ulrich Schuh, Edith Skriner, Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2007-2009

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 50

Redaktion: Isabella Andrej

© 2007 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
